

Zeitschrift: Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 54 (1976-1977)

Heft: 9

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zürcher student

Offizielles Organ der Studentenschaft der Universität Zürich (SUZ) und des Verbandes der Studierenden an der ETH Zürich (VSETH) Neunmal jährlich

SUZ



VSETH

**Redaktion/Administration:**
Rämistrasse 66
8001 Zürich
Tel. 0 (01) 47 75 30
Postcheck 80-35 593**Inserate:**
Masse-Annoncen AG
Limmatquai 94, 8003 Zürich
Tel. 0 (01) 47 34 00
Einsp. mm-Zeile Fr. -48**Abonnemente:**
Jahresabonnement
Inland Fr. 22.-
Ausland Fr. 26.-und **das konzept**

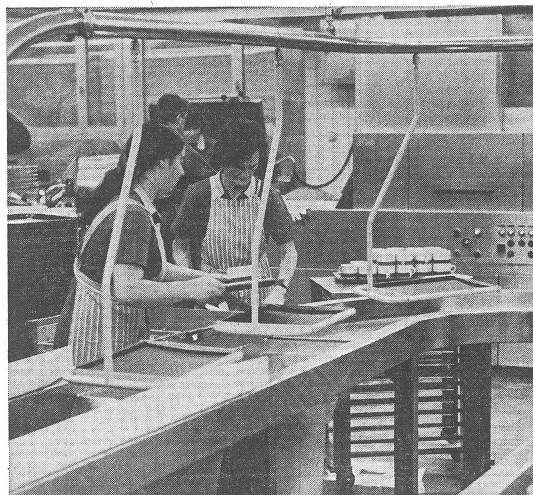
Ungereimtes aus dem SV Hönningerberg

Das Elend der Abräumerinnen

Der Schweizer Volksdienst (SV), einst aus dem Verband Soldatenwohl hervorgegangen, ist heute neben der Führung einer ansehnlichen Reihe von Personalrestaurants und Sozialberatungsstellen auch um das leibliche Studentenwohl, die ETH-Mensen, besorgt. Er ist ein nach modernen Managementmethoden geführtes Grossunternehmen, welches für sich in Anspruch nimmt, «sozial» zu sein. An der grossen sozialen Aufgabe des Verbandes, der werktätigen Bevölkerung und

den Studenten zu einer zeitgemässen, gesunden und preisgünstigen Verpflegung zu verhelfen, will heute niemand mehr zweifeln – doch das erpresserische Vorgehen der SV-Leitung auf dem Hönningerberg gegen das Hilfspersonal, welches im Jahre 76 zu nicht weniger als 11 freiwilligen und unfreiwilligen Kündigungen führte, weckt allerdings gewisse Zweifel an der sozialen Unternehmensführung dieser gemeinnützigen Institution.

Georg Hodel



Bruttoeinkommen von 1200 bis 1400 Franken (Hilfsarbeitersalär) liegt sowieso nicht viel drin, meinen die Betroffenen resignierend.

Die monotone Arbeit lässt ohnehin wenig Eigenverantwortlichkeit zu. Die «wachhabenden» Betriebsassistenten würden diese auch gar nicht aufkommen lassen. Die SV-Offiziellen möchten zwar in der Tätigkeit der Betriebsassistenten vor allem die Beratungsaufgabe in den Vordergrund stellen, können aber wahrscheinlich kaum verbergen, dass eine diskrete Überwachung der Bediensteten nach dem Motto «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser» bei einer straff gehandhabten Geschäftsführung nicht ganz wegzudenken ist.

Die Grünen kommen

die grünen Einzahlungsscheine nämlich, zusammen mit der Rechnung für die Erneuerung des Abonnements für das Jahr 1977. Wir sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie in den nächsten Wochen den Abonnementsbeitrag für den «zürcher student», PC 80-35 598, Zürich, bezahlen. Wir haben dann weniger im «Büro» und mehr mit der Zeitung zu tun! Herzlichen Dank an alle, die bereits einbezahlt oder dem Abonnementsbeitrag sogar eine kleinere oder grössere Spende beigefügt haben. Wir werden mit dem Geld für Sie arbeiten!

Ihre Redaktion «zürcher student»

Nachspiel

Kurz vor der Drucklegung dieses Artikels wurde bekannt, dass die SV-Chefin auf dem Hönningerberg nach Basel versetzt wurde. Auch wurde die Kündigung im Fall M.B. zurückgezogen. Ob damit tatsächlich eine «Klimaänderung» im Hönningerbergbetrieb eingeleitet wurde, ist fraglich; jedenfalls will M.B. unter keinen Umständen beim SV bleiben. Es ist nur zu hoffen, dass sich die SV-Verantwortlichen auf die soziale Aufgabe ihres Verbandes besinnen und möglichst rasch bei den Missständen auf dem Hönningerberg für Abhilfe sorgen.

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass auch die Gründerin des SV, Elise Züblin, bei ihrer ersten Anstellung regelrecht durchgebrannt ist. Damals,

im Alter von 17 Jahren, arbeitete sie unter einem despotischen und nervösen Chef und schrieb dazu: «Nun weiss ich, wie es ist, unterdrückt zu werden.» Später als Journalistin bei der «Schweizer Wochenzeitschrift» berichtete sie unerschrocken über die Elendsszenen in den Slums der Grossstädte und verfasste weitere Sozialstudien aus verschiedenen Ländern.

Aus diesem Engagement für die Arbeitnehmer heraus setzte sie sich für gemeinsame «Sozialkonferenzen» für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein. – Ob wohl eine solche Aussprache auch auf dem Hönningerberg notwendig geworden ist? Georg Hodel

Der Schweizer Verband Volksdienst in Kürze

1914 wurde der SV von Initiativen Frauen mit Dr. med. h. c. Elise Züblin, Journalistin, an der Spitze gegründet und entfaltete eine heftige Aktivität in über 1000 Soldatenstuben. Von denselben Frauen wurde 1916-1918 eine Wehrmännerfürsorge aufgebaut. 1918 Erweiterung des damaligen Verbands «Soldatenwohl» durch die Angliederung einer Abteilung «Arbeiterwohl».

Heute führt der SV:
228 Personalrestaurants
27 Schulmensen und Schulungszentren
17 Soldatenhäuser und Soldatenstuben
18 Sozialberatungsstellen im Auftrag von 77 Firmen

Ist Arbeitgeber von rund 3000 Mitarbeitern und bietet eine Kollektivvorsorge bei Krankheit und Unfall, Salärversicherung, eigene Familienausgleichskasse, Personalfürsorge-Stiftung, Fonds zur Unterstützung von Härtefällen, Sozialberatung. Die Geschäftsleitung obliegt einer aus fünf Frauen und Männern zusammengesetzten Geschäftsleitung. Die Verpflegungsbetriebe werden auf alkoholfreier Basis geführt.

gehörte des SV-Personals an *ungesunden* Orten wohnen, wie in ihrem Fall, wo doch junge Männer mit langen Haaren auf demselben Stockwerk dieser verdreckten Bruchbrude verkehrten.

Daraufhin wurde der ahnungslosen SV-Hilfsarbeiterin angetragen, dass sich die SV-Leitung wegen ihres Fernbleibens vom Arbeitsplatz gezwungen gesehen habe, einen Mitarbeiter zu ihrer Privatwohnung zu schicken, um sich über ihren Verbleib zu erkundigen. Dieser habe dann festgestellt müssen, dass sich die Räume von M.B.s Zimmer nachbarn in einem hygienisch unbefriedigenden Zustand befunden hätten.

Dass eine solche, wenn auch oberflächliche, Augenscheinnahme an und für sich den Aufsichtsleuten des SV

nicht zusteht, wusste M.B. nicht, auch nicht, dass besagter Mitarbeiter in ihre Wohnung habe eindringen wollen und zu diesem Zweck beim Hauswart um die Wohnungsschlüssel gebeten habe.

Für den SV nicht tragbar

M.B., seit sechs Jahren beim SV, flog, als sie diese ungeheuerlichen Behauptungen zurückwies und sich weigerte, ihren Mietvertrag aufzulösen. Ein unerwarteter Schlag für die junge Küchengehilfin, welche nun nicht mehr in dem als in mancher Hinsicht fortschrittlich geltenden Betrieb (Personal-fürsorgestiftung, Salärversicherung, Sozialberatung und Mitsprache des Personals) arbeiten darf.

M.B. mag darob nicht unglicklich sein, jetzt, wo sie nicht mehr alle 3 Sekunden die mit schmutzigem Geschirr mitunter recht schwer beladenen Tablett in Empfang nehmen muss. In dem schlecht klimatisierten, feuchtwarmen Arbeitsraum zu arbeiten, wo die Bediensteten regelmässig in übermässigen Schweiß kommen und über dauernde Trockenheit in der Kehle klagen, ist ohnehin eine Zumutung, besonders dann wenn bei Überbelastung des Transportbandes der Stresspegel der geplatzten Abräumerinnen die Grenze des Erträgliches überschreitet, was durchschnittlich etwa 10mal während der 3stündigen Essensausgabe eintreten soll.

Unter der Arbeit

zusammengebrochen ...

Vielleicht wäre an dieser Stelle der Gesundheitspolizei einmal geraten, bei ihren regelmässigen Kontrollgängen von der körperlichen Verfassung des Personals einen Augenschein zu nehmen. Nicht selten, gerade wenn die Gesund-

Der SV hat auch eine soziale Ader

Die chronischen Schwierigkeiten, tüchtiges Betriebspersonal zu gewinnen, und der ständig auffällig grosse Wechsel des Hauspersonals veranlassen die Betriebsleitung des SV schon im Jahr 1928 (!) zu einer eingehenden Untersuchung des Personalproblems.

Die Umfrage beim gesamten Betriebspersonal ergab, dass die Opposition gegen die Hausarbeit in der Hauptsache mit übermässig langer Präsenzzeit, mit unerwünschten Arbeiten wie Heben und Tragen von Lasten, mit Reinigungsarbeiten und stets wiederkehrenden Arbeiten, deren Erfolg fortgesetzt vernichtet wird, wie Abwischen, mit Unmut über mangelhafte Hilfsmittel und unzuverlässige Hilfsmittel begründet wurde.

Aus der Beratung der Ergebnisse dieser Umfrage in Verbindung mit den Betriebsuntersuchungen des Psychotechnischen Instituts Zürich wurden damals folgende Massnahmen ins Auge gefasst:

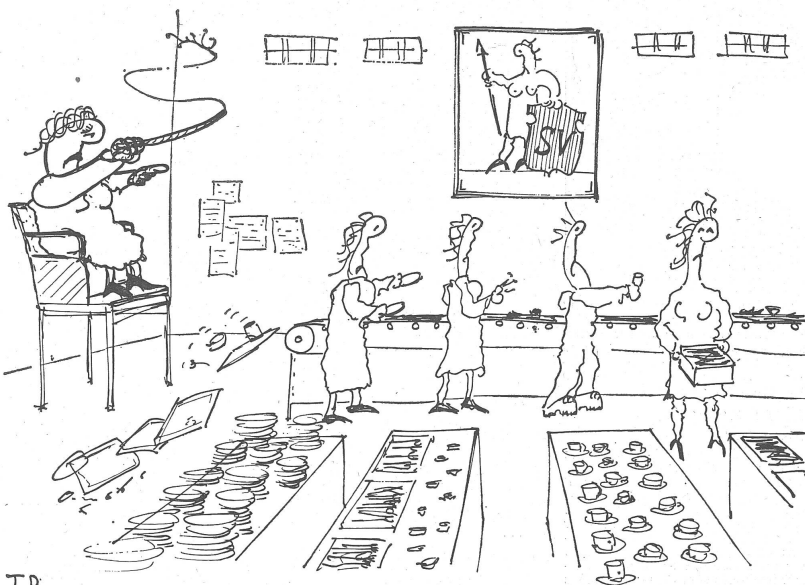
- Abweichung der Arbeitsgestaltung durch Beschäftigungswechsel in den einzelnen Betrieben.
- Arbeitsanalysen, um das rein gefühlsmässige, oft unrationale Arbeiten durch richtiges Anlernen und bestes Entfallen vorhandener Fähigkeiten zu überwinden.
- Pflege des geistigen und geselligen Lebens des Personals durch Näh-, Vorlese-, Vortrags- und Ausspracheabende.
- Fortbildungsabende des Personals durch gemeinsame Betriebs- und Ausstellungsbesuche.
- Errichtung einer Angestelltenbibliothek.

Aus «Im Dienste des Volkes», von E. Kull, Schweizer Verband Volksdienst

heitspolizei ihren Besuch anmeldet, wird die Belegschaft zu ausserordentlichen Arbeitsleistungen angehalten, z.B. auf Pausen zu verzichten und unfreiwillig Überstunden zu leisten.

Einmal schon ist es zu einem Zwischenfall gekommen, als eine Küchengehilfin von morgens 8 bis abends 11 Uhr durcharbeiten musste. Das Mädchen konnte dieser Belastung nicht standhalten, brach zusammen und musste in ärztliche Betreuung genommen werden.

In den Annalen des SV kann hierzu treffend nachgelesen werden: «Zur Erhaltung des seelischen Gleichgewichtes gehört, dass jedem Angestellten die



T.D.

FREIHOFER'S
Wissenschaftliche
BuchhandlungenMedizin
PsychologieRämistrasse 37
8001 Zürich
Telefon 01/60 42 82**f**

Quartierpolitik in der Stadt Zürich: Kreis 2

Rote Fabrik im grauen Quartier

bb./s. Der Kreis 2 ist (noch) ein eigentliches Wohnquartier. Während 1970 in der Altstadt auf 100 Bewohner 637 Beschäftigte kamen, waren es im Kreis 2 nur 85. Im Quartier Wollishofen und in Leimbach haben beträchtlich weniger Leute gearbeitet als «geschlafen» (33 bzw. 11% der Wohnbevölkerung). Die Enge aber als Verbindungsglied zwischen Geschäfts- und Handelszentrum und «Aussenquartier» weist schon eine typisch «städtische» Quartierstruktur auf: arbeiten tun da fast doppelt so viele Leute wie wohnen. Wir wollten wissen, wie es mit dieser Verstärkung

des Wohnquartiers heute steht, welche Gruppen diesen Prozess bewusst wahrnehmen. Wie wird für den Kreis 2 gearbeitet? Wie möchte man denn das Quartier überhaupt haben? Dass es eine «warme, menschliche Atmosphäre» ausstrahlen soll, ist zwar eine unbestrittene, aber allzu allgemeine Vorstellung angesichts der konkreten Entscheidungen, die bezüglich Verkehr, Wohnungsbau... ständig getroffen werden. Genauere Stellungnahmen erhielten wir eigentlich nur zur Roten Fabrik am See; der grosse Rest des Kreises 2 liegt für uns leider immer noch in einem etwas diffusen Grau.

«Es soll mir ja keiner kommen und sagen: Das mit dem Kreis-2-Schlafquartier stimme dann noch...», schreibt das «Männchen von der Strassennecke» im Quartierblatt «Anzeiger Zürich 2», und es lobt das Quartierleben, das «im Kleinen, sogar recht interessant ist und bleibt». Launig und konzipient versucht das Männchen im Organ der drei Quartiervereine des Kreises 2 – Enge, Wollishofen und Leimbach – diejenigen Bewohner zu gewinnen, die sich am Quartierleben desinteressiert zeigen und «nur im Hintergrund maulen». Aufmüpfiges ist nicht gefragt. Die Drucker schwärze im Kreisanzeiger leuchtet noch ein wenig schwärzer, wenn stolz verkündet wird: «Der Kreis 2 ist ein zufriedenes Quartier.»

Die grüne Insel

Der Kreis 2 strömt tatsächlich vielerorts eine an Langeweile grenzende Ruhe aus. Wer je im Quartier Enge, Wollishofen gewohnt hat, kennt mit grosser Wahrscheinlichkeit das Ländli um die Ecke mit dem persönlichen Kontakt: die Ladeninhaberinnen beispielsweise, die zufrieden ist, wenn am Abend all die Crèmeschnitten und Cornets, die sie

Wohnen Sie in einem wachen Quartier?

Dann schreiben Sie uns, was Sie wach hält. Der «zürcher student» möchte weiterhin über interessante Quartierarbeit berichten können. Wie steht's zum Beispiel im Kreis 3 damit?

Die erste Folge der Serie «Quartierpolitik in der Stadt Zürich» (Januarummer) kann für 1.50 Fr. in Briefmarken nachbezogen werden bei der Redaktion «zürcher student», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

tagsüber im Schaufenster an der Sonne getrocknet hat, doch noch «aufgehen». Auch die Handwerker leben und arbeiten vielfach noch im Quartier. Es hat viele ältere Leute, und die kennen sich oft seit ihrer Jugend. «Wollishofer» sein ist eben doch noch etwas ganz anderes als «Altstädter». Und dann die Parkanlagen und die Spazierwege am See... Kreis 2, die grüne Insel!

Doch die Wohnlichkeit im Kreis 2 ist wie die meisten Idyllen hauchdünn, von der harten Realität bedroht: «Bereits fressen sich von allen Seiten Büroblöcke und Geschäftshäuser in unsere grüne Insel», schrieb die Gruppe «Rettet unser Wohnquartier» vor zwei Jahren, als die Helvetia-Umliet an der Bellariastrasse in einem ehemaligen Villenpark ein mehrstöckiges Bürohaus projektierte. Mittlerweile steht der Block betriebsbereit.



Hebt die Diskussion um die Rote Fabrikfabrik die «Räbelchli-Idyllen» der Quartiervereine im Kreis 2 auf?

dafür stehen einige Riesenbuchen nicht mehr. Man ist immer noch prinzipiell gegen solche Bauten im «reinen Wohnquartier», doch die erste Aufregung, in der eine Petition mit über 5000 Unterschriften an den Stadtrat übergeben worden war, hat sich gelegt.

Stiller Auszug der Bewohner

Die Zerstörung des Wohnquartiers geht im Kreis 2 im allgemeinen auch nicht allzu spektakulär vor sich. Hier und da wird eine Villa zwar abgerissen, muss gewaltsam einem Geschäftsbau weichen. Das dringt an die Öffentlichkeit. Aber sonst hat sich das Besetzen des Wohnraums durch Versicherungen, Banken und andere Betriebe aus dem Tertiärssektor irgendwie dem «Stils» des Kreises 2 angepasst und gibt sich unauffällig.

Wenn sich die ICME (Industrie- und Unternehmensberatung) in einer neuerevierten Villa breitmacht und lediglich einen Teil des Gartens durch eine graue Parkfläche ersetzt, so ist das ein vergleichsweise harmloses Beispiel für die schlechende Wohnschwindsucht in diesem Quartier. Es sind einige wachschaffte Mehrfamilienhäuser von Ende 19./Anfang 20. Jahrhundert, die stillschweigend in Büros, Anwalts- und Arztpraxis umgebaut wurden. Die Bodenpreise sind relativ hoch. Auch heute noch sind Büroräume im Kreis 2 offenbar gefragt.

Und noch etwas deutet das Ende des leicht überalterten Wohnquartiers an: das Übergreifen des «verwalteten Kreises». Für den Bleicherweg, die Verbindung vom Stadtzentrum zum Enge-Quartier, hat sich bereits eine «Wiederbelebungsvereinigung» gefunden, in der «44 am Bleicherweg domizillierte Handels- und Dienstleistungsunternehmen zusammengeschlossen sind» (TA 4.12.76): «Wir wollen unser Quartier wohnlicher machen, etwas wärmer, ein wenig menschlicher. Wir wollen näher zusammenrücken, eine Gemeinschaft bilden und mehr miteinander leben. Wir wollen, dass die Menschen, die in diesem Quartier leben und arbeiten, den Bleicherweg als Einkaufs- und Bummelstrasse wählen und gern haben.» Soweit die «Vereinigung Pro Bleicherweg» – die den zahlreichen im letzten «zs» erwähnten Vereinigungen übrigens zum Verwechseln ähnlich sieht. Sie hat schon konkrete Vorschläge, wie sie die Wohnlichkeit heben will: Die Trauerweide am Schanzengraben und der Borsenturm sollen des Nachts freundlich angestrahlt werden im Rahmen eines generellen Beleuchtungsprogramms für die düstere Umgebung.

Quartiervereine – allem voran politisch neutral

«Wir müssen ein waches Auge haben, damit die Wohnlichkeit in unserem Quartier nicht zerstört wird», meint auch Emil Baumgartner, Präsident des Quartiervereins Enge. «Immer mehr frisst sich die City auch in unser Quartier vor.» Doch so richtig diese Einsichten sind, offenbar scheinen sie das Leben des Quartiervereins Enge nicht zu beeinflussen. Solange der Bagger nicht am eigenen Haus stösst, kümmert man sich wenig um solche Sachen. Sind es doch wenige andere Dinge, die das Leben im Quartiervereins Enge bewegen.

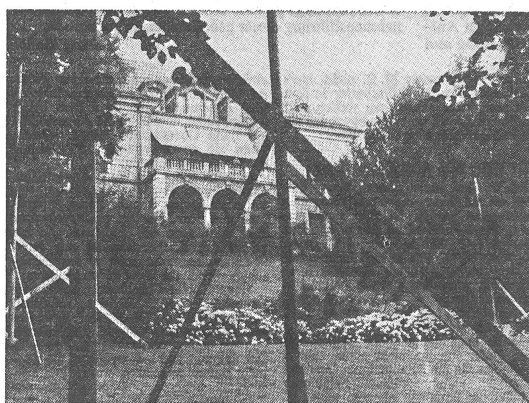
«Wie schütze ich mich vor Verbrechen – Ratschläge aus der Praxis» erteilte das in Kriminalkommissär der Stadtpolizei den 60 bis 80 anwesenden Vereinsmitgliedern an der letzten Generalversammlung des Quartiervereins. Revierdetektive sollen nun nach Vorschlag der Generalversammlung der wachsenden Kriminalität im Quartier Einhalt gebieten. Zwei bis vier Vorträge sowie Betriebs- und andere Besichtigungen gehören weiter zum jährlichen Programm des Quartiervereins Enge. «Wir wollen die Quartierbewohner damit aktivieren», kommentiert Emil Baumgartner den Sinn dieser Veranstaltungen. Doch auch Schulfragen und Verkehrsfragen beschäftigen den Quartiervereins Enge: Vielfach wird der Verein von der Stadtverwaltung zu Vernehmlassungen eingeladen. Solche Angelegenheiten werden aber «natürlich» (Emil Baumgartner) nur innerhalb des Vorstands behandelt.

Quartiergremien lehnt Emil Baumgartner ab. «Wir sind politisch neutral. Wenn wir ein Quartieranliegen haben, gelangen wir an unsere Gemeinderäte im Quartier. Wir haben auch sehr gute Beziehungen zur Stadtverwaltung.» Nach einer Stufe einfacher geht die «Quartierinteressenvertretung» im Quartierverein Wollishofen: Da ist der Quartiervereinspräsident gleichzeitig noch Gemeinderat der FDP. Ein ebenso breites Spektrum weist der Vorstand des Quartiervereins Leimbach auf. Die neun Vorstandsmitglieder vertreten sich auf folgende Parteien: FDP, CVP, SVP und LdU. Drei Mitglieder waren politisch noch indifferent, meint Johann Schoch, Präsident des Quartiervereins Enge. Parteizugehörigkeit spiele aber keine Rolle in der Zusammensetzung des Vorstands. Einziger Kriterium sei der Einsatz in der Quartierarbeit. Wer's glaubt, setze sich für die Interessen der Quartierbewohner ein und werde Vorstandsmitglied in einem der drei Quartiervereine. Wer's nicht glaubt, setze sich trotzdem für die Interessen der Quartierbewohner ein...

Plaudern im Quartierjargon

Wie sehr sich die drei Quartiervereine um ihre politische Neutralität küm-

mern, zeigt auch ihre Quartierzeitung, der «Anzeiger Zürich 2». Da kommt die grosse Politik direkt ins Haus, kein angeht mit der bürgerlichen Kelle und etwas gewürzt mit dem «Quartierjargon». «Wenn das Wort Rezeption für uns zum Schreckenswort geworden ist, dann...» in dann sind die Vereine da, «innerhalb derer jeder Interessierte Eingang finden sollte, sei es nun, er möchte



Diese Villa an der Bellariastrasse musste dem Neubau der «Helvetia» weichen.

Schach spielen, turnen, singen... Nur bauen kann man bei uns nicht.

Oder dann sitzt die Freisinnig-Demokratische Partei Zürich 2 bei einer Tasse Kaffee mit ihrem Parteigenossen und Präsidenten des Quartiervereins Wollishofen, Alfred Egli, zusammen, stellt einige Fragen, und das Protokoll erscheint dann in der Quartierzeitung. «Herr Egli, mit welchen Problemen befasst sich die City auch in unser Quartier vor...» «Von meinem Beruf her ist es naheliegend, dass ich mich vornehmlich mit Schulfragen beschäftige. Daneben fühle ich mich aber auch als Quartiervertreter und bringe deshalb im Gemeinderat meine Probleme zur Sprache, die unser Quartier betreffen. So habe ich mich beispielsweise für das Kleinhallenbad auf dem Gebiet des neuen Altersheims Tannenacker eingesetzt.» Wenigstens fühlt sich da noch einer als Quartiervertreter, ob die Interessen der Einwohner aber mit den Aktivitäten des Quartiervereins Wollishofen gewachsen sind, ist eine andere Frage, konzentriert sich die Tätigkeit des Wollishofer Vereins doch vorwiegend auf die alljährlich wiederkehrenden Ereignisse wie Generalversammlung, «Räbelchli-Umzug» und die Wollishofer Kläuse. Schon als Ereignis muss man es bezeichnen, wenn einmal über den für alte Leute zu hohen Trittbret-Einstieg an der Tramendstation in Wollishofen diskutiert wird. Ebenso ausserordentlich für den Quartierverein Wollishofen scheint die Diskussion um die Zukunft der «Roten Fabrik».

Gestörte Quartierruhe

1974 lancierte die SP Zürich 2 eine Initiative für die Erhaltung der Roten Fabrik als Kultur- und Freizeitzentrum. Damit waren auch die anderen Parteien und Vereine zu einer Stellungnahme gezwungen. Für den Quartierverein Wollishofen ein wahres Politikum. Nachdem sich ursprünglich sowohl die bürgerlichen Parteien als auch der Quartierverein Wollishofen für den Abbruch der «Roten Fabrik» ausgesprochen hatten, rangen sich sowohl die FDP als Hauptexponentin der bürgerlichen Parteien als auch der Quartierverein zu einer positiven Haltung durch: «Die Nutzung der Gebäude soll, soweit sie öffentlich ist, vor allem der Bevölkerung von Wollishofen zugute kommen. Als Träger eventueller Aktivitäten (Mieten) kommen verantwortliche Personen oder Gruppen in Frage, die Gewähr bieten für einen Betrieb, welcher zu keinen Klagen Anlass gibt.» Sicher kann sich auch der Quartierverein Wollishofen mit diesem Communiqué der FDP Zürich 2 identifizieren. Wenn nur die Ruhe im Quartier nicht gestört wird...

Rote Fabrik ausgenutzt

Über die – zumindest teilweise – Erhaltung der Roten Fabrik ist man sich also gegenwärtig einig. Die Idee einer sechsspürigen Seestrasse ist glücklicher-

weise begraben. Die Seepromenade, bei der Bürgerparteien und Quartiervereine ihre ganze Verschönerungswut ausleben wollen, kann nun statt parallel zu einem gigantischen Autostrassenstreifen an der Roten Fabrik vorbei (bzw. bis zum dort geplanten Restaurant) führen. Darüber, ob so ein Gehstreifen am See 20 Meter breit sein müsse, das heisst, ob man einen Teil der Roten Fabrik (natürlich nicht die bis an den See reichenden Bürohäuser) doch noch der Gestaltung der Seeanlage opfern will, berät gegenwärtig eine gemeinderätliche Kommission. Das Projekt wird bis frühestens im Sommer 1977 zur Abstimmung vorgelegt werden.

Doch wer bewirbt sich überhaupt um einen Platz in der Roten Fabrik? Wer will sie nutzen? Auf eine Anfrage von Christian Thomas im letzten Frühjahr an interessierte Kreise im Quartier und in der ganzen Stadt haben viele Interessenten beantwortet, sie bräuchten einen Versammlungs-, einen Schulungs- oder Probenraum, Platz für eine Beratungsstelle, Räume für Film- und Theateraufführungen. Das Spektrum der Interessenten reichte von den Familienärzten, Turn- und Schachvereinen des Quartiers bis zur FBB und zum Experimentierkindergarten, von der Abt. Stu-

Abgehört und aufgeschrieben

Ununterbrochen, Tag und Nacht, bringt die Telefonzettel-Veranstaltungen und Kursumfragen vorwiegend aus dem Raum Zürich. In drei Minuten kann sich jedermann jederzeit im Alltag umhören, das Aktuelle vom Hörsensagen kennenlernen.

Wir sind der Ansicht, dass viele Meldungen der Telefonzettel keineswegs Eintagsfliegen sind; deshalb haben wir für unsere Leser einiges zu Wirtschaft, Politik, Bildung, Presse und Sozialpolitik abgehört und aufgeschrieben.

Wegen unserer Sicherheit und derjenigen des rollenden Verkehrs hat man an der Dufourstrasse 10 Akazien fällen müssen. Für den Stadtgärtner ist das ein ganz normaler Verjüngungsprozess. Herr Stadtgärtner, auch die paar Kastanienbäume vor dem Bezirksgericht und an der Stauffacherstrasse und viele Bäume in der Seeanlage sollten verjüngt werden, sie verlieren ihre Blätter ja bereits im August... Ein beneidenswerter Posten, bei dem man die Abgabe vor den Bäumen schützen muss.

«Mehr Raum für Fussgänger», diese teure und sich gutem Gedeihen verheissende Aktion, welche die Zürcher Stadtpolizei im Oktober lanciert hat, ist offensichtlich passé. Das Recht des Stärkeren gilt auch im Strassenverkehr wieder. Das lässt sich leicht beobachten an der Pfanzschulstrasse 7-23 im Kreis 4. Dort stossen die Mütter, welche ihre Kinder aus der Krippe abholen, wieder wie eh und je die Kinderwagen auf der Strasse nach Hause, weil der Platz auf dem Trottoir trotz Parkverbots von parkierten Autos überstelt ist.

In der Abgaslandschaft des Zürcher Bellevue sind kürzlich schöne gelbe Äpfel verteilt worden. Jedem, der in das Obst gebissen hat, ist von einem Gemüseverkäufer auch noch ein Flugblatt in die Hand gedrückt worden. «Bis jetzt ist das Gemüse Staub und Abgas ausgesetzt gewesen» und «Für Marktfrauen und Arbeiter gibt es keine menschenwürdigen Arbeitsplätze» stand da etwa drauf. Zu solchen Erkenntnissen kommen gewisse Herren allerdings erst, wenn sie mit ihren Werbegästen eine Zürcher Engroskade durchschauen wollen.

Man müsse halt von den Leuten, die dem Bau weichen müssen, ein paar Opfer abverlangen, meint die «NZZ». Abverlangt wird vor allem denjenigen Zürichern, welche die «köstliche» Halle finanzieren sollten und zudem damit rechnen müssen, dass dann die hohen Mietkosten auf Gemüse- und Früchtepreise abgewälzt werden.

Die Früchte- und Gemüseböden, welche sich bis jetzt hinter dem Bahnhof mehr als satt fressen konnten, lacht sich ins Fäustchen, weil sie sich jetzt aus Steuerbäßen ein weiteres Fettpolster anlegen kann. Bekämpfen sich die Händler oft für einen Rappen bis aufs Blut, so halten sie doch im richtigen Augenblick zusammen, so auch bei der Personalbehandlung.

Einer dieser Früchte- und Gemüsegrössisten ist Berri am Sihlquai. Er zwingt seine Arbeiter mit Fahrausweis Kategorie A dazu, immer wieder mit

Telefonzeitung
01/39 11 12
kurz und kritisch

Lastwagen über 3½ Tonnen zu fahren. Protestiert einer gegen die Ungesetzlichkeit, so wird ihm gedroht, es gäbe genug Leute, die sich an dem Mehrgehalt nicht stören. Im Geschäft des Herrn Berri arbeiten immer auch Studenten. Der Früchte-Berri preist das als soziale Wohltat, denn die Studenten müssen weniger Lohn, keine Ferienvergütung und keinen Krankheitsausfall zahlen. Die Methoden dieses Kleinunternehmers sind nicht sehr speziell. Herr Berri geniesst im übrigen grossen Ansehen als Präsident der Schweizerischen Früchte- und Gemüseimporteure.

zürcher student

Offizielles Organ des Verbandes der Studierenden an der ETH-Zürich und der Studentenschaft der Universität Zürich, unter Beteiligung des Verbandes der Studierenden der Dolmetscherschule. Erscheint neunmal jährlich. Auflage 17 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz. Telefon 0 (01) 47 75 30. Postcheckkonto 80-35598.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Georg Hodel, Matthias Moser, Liselotte Suter.

Die im «zürcher student» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Grafische Gestaltung: Arthur Doppmann

Inserte: Mosse-Annoncen AG, Linmatplatz 94, CH-8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 1: 1. 4. 77
Insertationschluss Nr. 1: 12. 4. 77

Bruno Baeriswyl, Liselotte Suter

Initiative «Zürich ohne Expressstrassen» verhindert die Umweltvorteile des «I»

Von Kantonsrat Dr. Hans Georg Lüchinger, FDP, Wettswil a. A.

Nachdem in der letzten Nummer des «Zürcher Studenten» auf einer ganzen Seite vehement der Standpunkt der POCH-Initiative gegen das «Y» vertreten wurde, danke ich für die Möglichkeit einer Gegendarstellung.

Emotionen gegen Sachentscheid

Mit Emotionen, wie sie B. Schweingruber und B. Baeriswyl in der letzten Nummer des «Z» anzündeten, kommen wir zu keiner vernünftigen Lösung. Die beiden nannten die erste «Y»-Abstimmung vom 22. September 1974 einen «Volksbetrug» und manipulierten unter Anrufung von zwei ungenannten Soziologen wie Jongleure mit Zahlen, um ihre Behauptung zu stützen.

Richtig ist, dass in der damaligen Volksabstimmung der Gegenvorschlag des Kantonsrates zugunsten des «I» eine Mehrheit erhalten hätte, wenn alle grundsätzlichen Gegner des Ypsilon die Möglichkeit gehabt hätten, für den Fall der Verwerfung der Ypsilon-Initiative in einem Eventualentscheid kundzutun, dass sie in solchem Falle für die Einschränkung der Expressstrassen auf das «I» votieren. Ich bin auch darum nach wie vor für die Verwirklichung des «I» und für den Verzicht auf den Westast des «Y».

Richtig ist ferner, dass damals die Stimmbürger der Stadt Zürich das «Y» eindeutig abgelehnt haben. Aber es ging eben nicht um eine Abstimmung, sondern um eine kantonale Abstimmung, an welcher Zehntausende von Pendlern der Landschaft ebenso interessiert waren wie die Stadtzürcher. Die Initianten hatten ja selber eine Ständesinitiative und keine städtische Aktion lanciert. Also mussten sie auch den kantonalen Entscheid hinnehmen. Auch die unsinnige Südmfahrung, welche manche Stimmgabe mitbeeinflusst haben mag, haben die damaligen Initianten und niemand anders in die Initiative aufgenommen. Es zeugt von einem fragwürdigen Demokratieverständnis, wenn die «Y»-Gegner deswegen im nachhinein «Volksbetrug» schreien und mit hypothetischen Zahlen ihren tatsächlichen Sieg konstruieren möchten.

Kanalisierungseffekt der Expressstrassen spielt

Doch lassen wir das Vergangene! Auch wenn alle extremen Anklangen und Vorwürfe über frühere Fehlentscheide, Volksbetrüge und ähnliche richtig wären, so haben wir doch heute aus der heutigen Situation heraus zu entscheiden. Ich glaube, dass auch ein Gegner des «Y», dem es nicht einfach um die Opposition an sich, sondern um die gute Sache geht, heute für eine Fertigstellung des «I» votieren muss. Es geht ihm doch wohl darum, zu verhindern, dass sich eine Autostadt wird. Es geht um den Schutz der Bevölkerung vor der Blechlawaune und um die Erhaltung alter, schöner Quartiere. Es geht um die Wiedergewinnung einer höheren Lebensqualität für unsere Stadt.

Ich selbst bin schon am 22. September 1974 aus ebendiesen Gründen für das «I» eingetreten. Denn das «I» ist geeignet, genau diese Ziele zu fördern, weil es den Autoverkehr aus den Wohnquartieren auf die Expressstrasse abzieht. Die Inbetriebnahme der Sihlhochstrasse hat bewiesen, dass dieser Kanalisierungseffekt tatsächlich spielt. B. Schweingruber und B. Baeriswyl haben darüber im letzten «Z» falsch informiert. Ich verweise auf die klaren Zahlen der Antwort des Stadtrates vom 26. Februar 1975 auf die Interpellation H. H. Müller. Eine neue Verkehrszählung der Stadtpolizei Zürich vom Dezember 1976 hat folgendes ergeben:

Entlastung der Wohnstrassen durch die Sihlhochstrasse
Zeitraum vor Eröffnung (Sept. 74) bis Sept. 76

	Verkehrsabnahme
Seestrasse	-18%
Albisstrasse	-17%
Waffenplatzstrasse	-23%
Rietstrasse	-17%
Manessestrasse	-40%
Giesshübelstrasse	-40%

Langfristig wird allerdings dafür gesorgt werden müssen, dass bei einer neuen Zunahme des individuellen Verkehrs nicht wieder neuer, zusätzlicher Verkehr in die teilweise entlasteten Stadtstrassen und in die Wohnquartiere einfliesst. Sowohl der Zürcher Kantonsrat wie das am 22. September 1974 für das «I» eingetretene «Komitee zum Schutz der Wohngebiete» haben daher polizeiliche und bauliche Massnahmen gefordert, welche die Erfüllung dieser Bedingung sicherstellen. Über diesen Punkt besteht somit bereits eine eindeutige Mehrheitsmeinung sowohl der Bevölkerung wie auch der Behörden.



Baustelle der Expressstrasse SN 1 auf dem Milchbuck mit dem Portalgebäude des Milchbucktunnels und dem Kreuzungsbauwerk; im Hintergrund der bereits zugedachte Tunnel Winterthurerstrasse der SN 1 (Photo Comet)

Aus der heutigen Sachlage heraus entscheiden

B. Schweingruber und B. Baeriswyl haben behauptet, es seien heute erst 10% der Totalkosten des «Y» verbaut, so dass man ruhig noch das Steuer herumwerfen könne. Auch diese Angabe war falsch und wurde nur durch den Trick möglich, dass die beiden Autoren die mit 1270 Millionen Franken budgetierten Gesamtkosten von sich aus kühn auf zwei Milliarden erhöhten. In Wirklichkeit sind heute 21% der budgetierten Gesamtkosten verbaut. Im übrigen kommt es aber gar nicht so sehr auf den Kostenanteil als vielmehr auf die Bausituation an. Sehen Sie sich doch bitte einmal die Strecke zwischen Aubricke und Milchbuck an! Hier ist die Expressstrasse mitten im Bau. Da ist nichts mehr zurückzubuchstabieren. Und auch der Milchbucktunnel ist vom Bund bereits zum Bau freigegeben, und im Norden und Süden sind die Anschlusspunkte im Bau (vgl. Bild).

Wenn wir nach dem Willen der Initiative jetzt abbrechen, so hätten wir schon 1981 zwei Autobahnen bis ins Herz der Stadt hinein, nämlich die N 3 bis zum Sihlhölzli und die N 1 von Winterthur und der Ostschweiz her bis zur Wasserwerkstrasse an der Limmat. Von diesen Autobahn-Enden aus würde sich künftig der Autoverkehr in die Stadtstrassen ergiessen und sich durch die Wohnquartiere und die City irgendwo einen Weg suchen. Resultat: Die befürchtete Autostadt Zürich.

Die halbfertige Lösung wäre um so unsinniger, als das Verbindungsstück zwischen dem Sihlhölzli und dem Südausgang des Milchbucktunnels – mit Ausnahme der Brücke über die Limmat – unterirdisch vorgesehen ist. Gerade die maximal umweltfreundliche Sihlstrasse soll also durch die Initiative verhindert werden!

Ich meine daher, dass ein bisheriger Gegner des «Y» aus seiner sachlichen Zielsetzung heraus bei der heutigen Situation konsequenterweise für die möglich rasche Vollendung des «I» eintreten muss. Das spricht für die Ablehnung der Initiative.

Parkgaragen ermöglichen Fussgänger-City

Ebenso unsinnig aus dem Gesichtswinkel des Umweltschutzes ist der blinde Kampf gegen Parkgaragen an der Sihl-Expressstrasse. In den fünfzig Jahren, die den frühen sechziger Jahren, als sich Behörden und Bevölkerung der Stadt Zürich fast einhellig für das «Y» einsetzten, bestand die Absicht, das «Y» zur Kanalisierung des Hauptverkehrs zu verwenden. Über verschiedene Abfahrten hätte sodann der Verkehr in die Stadt, vor allem in die City geleitet werden sollen.

Seither hat ein radikales Umdenken stattgefunden, auch bei den Behörden. Man will die Autos heute nicht mehr in die City schleusen, sondern am Cityrand in Parkhäusern abstellen. Die rasche und einfache Zufahrt zum Cityrand macht es vertretbar, die zahlreichen Besucher unserer Stadt von da an auf ihre Füße zu verweisen. Die Stadt Zürich

kann auf diese Art sowohl wirtschaftlich wie auch als lebendige, fussgängerfreundliche Menschenstadt überleben.

Von 13 000 Parkplätzen am Rande des «I» ist übrigens schon seit langem nicht mehr die Rede. Die Projektierung ist auf weniger als die Hälfte dieser Zahl reduziert worden, untergebracht in je einer Parkgarage unter dem Kasernenareal und am Sihlquai. Diese und andere Änderungen des ursprünglich projektierten «Y» sind seitens der Ypsilon-Gegner oft mit Hohn und Spott bedacht worden. Die Behörden wüssten ja gar nicht, was sie wollten, heisst es. In Wirklichkeit sind das alles echte Konzeptionen an die Ypsilon-Gegner, die mit ihrer Opposition bereits sehr viel erreicht haben.

Bleibt noch das Argument gegen die Aufblähung von Zürich als Wirtschaftstadt. Das kann nicht die Folge der Parkhäuser sein, wenn zum Ausgleich für diese der Autoverkehr und der Parkraum in der City verringert werden. Dass dies tatsächlich schrittweise geschieht, sei im nachfolgenden Kästchen an Beispielen von Verkehrsbeschränkungen in der City

Einzelne Beispiele der zunehmenden Verkehrsbeschränkungen in der City

- Alstadt links der Limmat weitgehend autofrei
- Bahnhostrasse für Autos weitgehend gesperrt
- Paradeplatz wird autofrei
- Bleicherweg ab Beethovenstrasse Richtung Paradeplatz gesperrt
- Parkplätze auf der Gemüsebrücke aufgehoben
- Durchgangsverkehr durch Storchengässchen verboten
- Durchfahrt «In Gassen» Richtung Storchengässchen gesperrt
- St.-Urban-Gasse gesperrt
- Stadthofplatz vom Durchgangsverkehr befreit

Hans Huber
ein Synonym für Medizin und Psychologie

Hans Huber
Buchhandlung für Medizin und Psychologie

Zeltweg 6
beim Schauspielhaus
01 34 33 60

Ladenöffnungszeiten:

Montag-Freitag 08.30–18.30 durchgehend
Samstag 08.30–12.30

kungen aufgezeigt, die in den letzten fünfzehn Jahren realisiert wurden.

Im übrigen zehren wir alle von der Wirtschaft. Wie will man viele öffentliche Anlagen künftig überhaupt noch finanzieren, wenn man die Wirtschaftsstadt Zürich systematisch bekämpft?

Folgen starrer Obstruktion

Der Stimmbürger hat daher heute zu wählen zwischen einer sachlich vernünftigen Lösung und reiner Opposition.

Wozu Rechthaberei und starrer Dogmatismus führen können, erleben wir heute beim öffentlichen Verkehr. Ich habe Verständnis für die in der Volksabstimmung vom Mai 1973 erfolgte Ablehnung des Baus einer Zürcher U-Bahn. Die Tatsache jedoch, dass die Freunde des öffentlichen Verkehrs nach jenem Volksentscheid nicht sofort zu konstruktiven Gesprächen über die rasche Verwirklichung des S-Bahn-Systems Hand boten, hat den öffentlichen Verkehr im Kanton Zürich in eine geradezu ausweglose Situation geführt. Die fehlende Einigkeit machte neue Verhandlungen mit dem Bund unmöglich. Während der Bund 1973 noch bereit war, 570 Millionen Franken für

die Sanierung des Zürcher Agglomerationsverkehrs zu investieren, ist heute und in den nächsten Jahren realistisch überhaupt nichts mehr zu erwarten. Aus eigener Kraft kann der Kanton Zürich mit einem für 1977 budgetierten Defizit von rund einer halben Milliarde Franken die Aufgabe kaum lösen.

Die Autos fahren trotzdem

Um so besser, wenn überhaupt nichts geschieht, wird sich vielleicht manch einer der dogmatischen Total-Opponenten des «Y» denken. Diese passive Nostalgiehaltung wird aber nicht verhindern, dass die Zahl der immatrikulierten Autos wächst und wächst (tendenzweise muss man ja an den Arbeitsplatz gelangen), und dass sich die Blechlawaune weiterhin durch die Wohnquartiere und in die City verbreitet. Wir können eine menschenwürdige Umwelt nicht mit Passivität gewinnen, sondern nur durch eine vernünftige, sachgerechte und konstruktive Gestaltung. Darum kann die POCH-Initiative heute nur denen dienen, welche dem sachlichen Ziel die reine Obstruktion vorziehen.

Ein X für ein Y vormachen?

Wenn einer jemand andern bezichtigt, mit falschen Zahlen zu operieren, dann sollte er nicht selbst gleich solches tun, auch wenn er als Kantonsrat parlamentarische Immunität geniesst.

So beziffert beispielsweise H. G. Luchinger die «budgetierten Gesamtkosten» des Ypsilons mit 1270 Millionen Franken. Wenn man aber auf dem kantonalen Tiefbauamt nachschlägt, geht dann sind es bereits 1329 Millionen, Preisstand 1973, Bauteuerung nicht eingerechnet. Nun brauchte man über die 60 Millionen wirklich nicht zu streiten. Aber in den sogenannten «Gesamtkosten» sind ausdrücklich nicht inbegriffen:

- die vorgesehene Überdeckung des Tunnelleinschnitts Milchbuck Süd
- die Kosten für die städtischen Anschlusswerke
- die Parkhäuser Sihlquai, Kasernenareal, Irchel und allfällige weitere.

Ausserdem handelt es sich beim Westast und bei der Sihlstrasse um reise Kostenschätzungen, die nicht einmal auf Ausführungsprojekten beruhen (weil nicht vorhanden). Solche Schätzungen werden erfahrungsgemäss immer zu tief angesetzt, weil Nachtragskredite leichter durchzubringen sind als hohe Anfangskosten. Die Sihlstrasse ist so schwierig zu bauen (unter dem Fluss im Grundwasser, dicke Bebauung usw.), dass man sich noch nicht einmal definitiv für eine Variante entschliessen konnte. Beim Furkatunnel, um ein neueres Beispiel zu nennen, sind bis jetzt Kostenüberschreitungen von über 100 Prozent (!) aufgetreten. Bei einer Sihlstrasse würde das mehr als 300 Millionen ausmachen.

In der Summe, die Herr Luchinger als «verbaut» angibt, sind beispielsweise 48 Millionen Franken für Landerwerb beim Milchbucktunnel enthalten. Wenn nun dieser Tunnel nicht gebaut wird, dann ist dieses Geld eben nicht «verbaut», sondern in Form von nutzbarem Land als Wert erhalten.

Unvollständige Zahlen

Etwas unvorsichtig geht der freisinnige Kantonsrat auch mit den Angaben über die Entlastungswirkung der Wohnstrassen um. Für die Albisstrasse beispielsweise gibt er eine Verkehrsabnahme von 17 Prozent an. Das stimmt aber nur stadtauswärts, wenn man gelten lässt, dass 16,3 gerundet 17 Prozent ergeben. Er unterschlägt dabei geflissentlich, dass stadteinwärts der Wert nur 6 Prozent beträgt und dass im übrigen in den zwei Jahren nach Inbetriebnahme der Sihlhochstrasse dieser Verkehr bereits wieder um 2 Prozent zugenommen hat.

Bei Manesse- und Giesshübelstrasse verwendet Luchinger die Prozentzahlen von 1974 und verschweigt, dass der Verkehr dort seither bereits wieder zugenom-

men hat. (Das steht nämlich auch in dem Bericht, aus dem er seine Zahlen hat.) Die beiden Strassen sind im übrigen genau die, welche unmittelbar neben der Expressstrasse verlaufen. Die Leute an der Manessestrasse haben nun den Verkehr nicht mehr einfach vor dem Haus, sondern zur Hälfte auch noch hinter dem Haus. Aber pardon: Man hat ihnen dort schöne Schallschutzwände vor die Fenster gesetzt.

Die Frage, was denn die 20prozentige Entlastung einer Hauptverkehrsstrasse überhaupt nützt, lässt der Bewohner des friedlichen Dorfes Wettswil auch offen. Ich als Anwohner der Waffenplatzstrasse kann nicht ruhiger wohnen, wenn statt alle sechs Sekunden nur noch alle sieben-einhalb Sekunden ein Auto vorbeibraust.

Es lässt sich im übrigen leicht mit gezielten Prozentzahlen etwas «belegen». Gerechterweise muss man aber auch die absoluten Zahlen und den Gesamtverkehr betrachten. Und hier zeigt es sich beispielsweise, dass in den zwei Jahren nach Eröffnung der Sihlhochstrasse den täglich rund 2600 Fahrzeugen, welche aus den Wohnstrassen verdrängt wurden, 9500 gegenüberstehen, welche zusätzlich über die Expressstrasse fahren. Der Gesamtverkehr hat also dreimal so stark zugenommen, als die Quartierstrassen entlastet worden sind.

Der arme Volkswille

Herr Luchinger wirft uns vor, wir hätten wie Jongleure einen nicht vorhandenen Volksbetrug herbeimanipuliert. Übertragen wir doch einmal die Abstimmungssituation von 1974 auf ein anschauliches Beispiel, damit auch ein Kantonsrat noch mitkommt:

Eine Initiative verlangt 12 autofreie Sonntage. Nun lässt sich vorstellen, dass der Bundesrat einen Gegenvorschlag vorlegt, der nur 6 autofreie Sonntage beinhaltet. Initiative und Gegenvorschlag gelangen miteinander zur Abstimmung. 45 Prozent der Stimmbürger stimmen der Variante «12» zu, und 45 Prozent stimmen der Variante «6» zu. 10 Prozent lehnen beides ab. Nach meinen bescheidenen Demokratievorstellungen läge nun der Volkswille irgendwo zwischen 6 und 12 autofreien Sonntagen. Da Herr Luchinger Rechtsanwaltschaft ist, merkt er aber, dass keine der beiden Vorlagen eine absolute Mehrheit erreicht hat und dass das Volk in der Abstimmung keine autofreien Sonntage will. Dies ist leider nicht nur Luchingers Logik, sondern auch die massgebende Logik der kantonalen und der städtischen Behörden.

Damit ist immer noch ungelöst, ob es sich beim Ypsilon eigentlich um eine städtische oder eine kantonale Angelegenheit handle. Es genügt nicht, sich auf zu vermerken, die Initianten selbst hätten eine kantonale Initiative ergriffen. Es blieb ihnen nämlich formaljuristisch keine andere Möglichkeit.

Zuvor hatte Gemeinderat Albert Näf eine städtische Konsultativabstimmung über das Ypsilon verlangt. Es blieb Herrn Luchingers Parteikollegen und den übrigen bürgerlichen Parteien vorbehalten, diese Forderung im Gemeinderat «demokratisch» zu bodigen.

Beat Schweingruber

Anti-Y-Aufruf!

Das Aktionskomitee für ein Zürich ohne Ypsilon ist dringend auf Unterstützung angewiesen, und zwar auf finanzielle wie auf tatkräftige. Wer irgendwo keine Zeit aufbringen kann zum Verteilen von Abstimmungszeitungen, für Standaktionen oder für administrative Mitarbeit, melde sich umgehend beim Aktionskomitee, Postfach 8, 8027 Zürich oder bei Telefon 25 39 90 oder 25 68 57.

Finanzielle Beiträge auf PC

80 - 23250

Aktionskomitee
Zürich ohne Ypsilon

Die Nachfolge am Publizistischen Seminar lässt auf sich warten:

Der Berufsgeheimbund geht um!

Im Sommer 75 war der Leiter des Publizistischen Seminars, Professor Christian Padrutt, tödlich verunglückt. (De mortuis nil nisi bene). Seither ist sein Posten als Institutsleiter vakant. Professor U. Saxer waltet nun als interimistischer König am Institut.

Eine Berufungskommission der Philosophischen Fakultät I sollte einen Nachfolger finden. Den Studenten wurde nur der Präsident (Professor R. Braun) bekanntgegeben, die übrigen Kommissionsmitglieder blieben inkognito; es handelt sich offenbar um einen Geheimbund.

Die Publizistikstudenten haben ihre Kriterien für einen Nachfolger dem Präsidenten der Berufungskommission in einem ausführlichen Bericht dargelegt. Kriterien der Berufungskommission wurden aber keine veröffentlicht; man muss sie aus dem allgemeingehaltenen Stelleninserat herausinterpretieren – oder aus den Ablehnungen ableiten.

Die Zürcher Studenten haben nicht einmal ein Mithratrecht bei Berufungen, wie es an anderen Unis, zum Beispiel in Bern oder Basel, üblich ist.

In der Geheimküche

In der Geheimküche der Berufungskommission wurden aus zehn Bewerbungen Einladungen für drei Herren herausgestellt. Diese mussten ihre Publizistikwissenschaftlichkeit getarnt in Gastvorlesungen, der Berufungskommission unter Beweis stellen. Alle drei Kandidaten wurden abgelehnt. Weder die Ablehnungsgründe noch die Namen der übrigen Bewerber wurden bekanntgegeben. Auf dem akademischen Stellenmarkt versteht sich offenbar Disziplin von selbst. Einige Gründe für die Ablehnung sind jedoch durchgesickert und in der Presse ausführlich dokumentiert (zum Beispiel die Affäre des Pensionskassenbelasters Prof. Harry Pross,

liberal und zudem Deutscher). Paradox ist, dass man in deutschen Zeitschriften die Stelle ausschrieb und dann aber die ausländische Nationalität als Ablehnungskriterium verwendet wurde.

Seit drei Semestern schon wagt überall der Geist des überforderten Prof. U. Saxer. Mindestens 24 Wochenstunden stehen unter seiner direkten Leitung. Kein Wunder, dass viele Studenten ihr Publizistikstudium an den Nagel hängen oder auf bessere Zeiten hoffen und abwarten, weil es am Publizistischen Seminar einfach nichts mehr zu lernen gibt.

Wie lange noch?

Die Studenten werden damit vertriebt, dass frühestens im WS ein richtiger Institutsleiter Einsitz nimmt. Angenommen, Prof. U. Saxer wird Institutsleiter, müssen die Studenten dann bis 1980 oder noch länger warten, bis die Dozentenstellen wieder voll besetzt sind?

Wir fordern jetzt etwas mehr Dampf in die Geheimküche der Berufungskommission: Die Professoren können ihre Zeit bis zur Pensionierung mit Berufungsgeheimkrämerei vertriebeln, wir Studenten wollen nicht länger warten. Darum soll jetzt ein Institutsleiter eingesetzt werden, und zwar nicht irgendein «Zeitungskundler», sondern ein Sozialwissenschaftler, geübt in empirischer Forschung, der die Zürcher Publizistikwissenschaft aus ihrer Provinzialität befreit. Basisgruppe Publizistik

Studio paperback

Alvar Aalto
Mies van der Rohe
Le Corbusier

Ausführliche Taschenbuchausgaben
Fr. 24.50

Im gleichen Verlag sind auch die gebundenen Gesamtwerte noch weiterer Architektenpersönlichkeiten des 20. Jahrhunderts erschienen.

Wir beraten Sie gerne in unserer Architektur- und Kunstabteilung im 1. Stock

Buchhandlung zum Elsässer

Limmatquai 18 · Zürich · Telefon 47 08 47

Un(f)logisches

Kürzlich stellte die Universität an einer Pressekonferenz die neuesten statistischen Zahlen über die Studenten vor. Diesen Zahlen ist zu entnehmen, dass lediglich 3.3 Prozent der Studenten in ihrer jetzigen Studienrichtung seit mehr als 14 Semestern studieren, ohne einen akademischen Abschluss erworben zu haben. Auf die Frage, wieso man trotz dieser kleinen Zahl der Langzeitstudenten die Studienzeitregelung eingeführt habe, meinte unser Rektor, Hans Nef, dass man die Studienzeitregelung eben eingeführt habe, bevor man diese Zahlen kannte ...

Basisgruppe Medizin

Weniger «Schulmedizin», mehr Allgemeinmedizin

Die Basisgruppe Medizin ist eine lose Vereinigung von Studenten, die dem jetzigen schweizerischen Gesundheitswesen kritisch gegenüberstehen, mit der an unserer Fakultät gelehrteten «Schulmedizin» nicht einverstanden sind, aber auch mit den unpersönlichen Verhältnissen an unserer Fakultät nicht gerade zufrieden sind. Bei uns werden verschiedenste politische Überzeugungen und Meinungen vertreten, weshalb es schwierig ist, ein fixiertes Programm zu präsentieren.

Wir gehen jedoch prinzipiell alle vom Gesundheitsverständnis der WHO aus: Gesundheit ist ein Zustand völliger körperlicher, geistiger und sozialer Wohlbefindens und nicht nur Abwesenheit von körperlichen Gebrechen. Das hat für uns folgende Konsequenzen:

- Das Gesundheitswesen der Schweiz muss grundlegend verändert werden. Die Präventivmedizin ebenso wie die Rehabilitationsmedizin müssen endlich einen ihr gebührenden Platz in der gesundheitlichen Versorgung erhalten. Von einer Inflation der Ansprüche zu reden ist mehr als verantwortungslos. Die Allgemeinmedizin, das ärztliche Gespräch und Hausbesuche müssen wieder vermehrt in den Mittelpunkt der gesundheitlichen Betreuung gerückt werden (anstelle von ärztlichen Spezialleistungen).

Eine Möglichkeit, diese Forderungen unter den jetzigen Bedingungen in die Tat umzusetzen, sehen wir in Gruppenpraxen. Eine andere, der ersten Möglichkeit jedoch nicht widersprechende wäre die Schaffung von staatlichen Ambulatorien oder Quartierpolikliniken.

All das erfordert natürlich mehr Ärzte. Deswegen halten wir das «Gespenst des Arztproletariats» für ein Hirngespinnst zu einseitiger ärztlicher Standespolitik, die mehr von finanziellen Aspekten als vom Wohl der Patienten geleitet ist. (Übrigens: das Nettoeinkommen eines im Kanton ZH tätigen, frei praktizierenden Arztes beträgt 170 000 Fr., wer gibt davon schon gerne etwas ab?). Einen Numerus clausus –

auch als Lösungsmöglichkeit der jetzigen Ausbildungsmisere – lehnen wir ab.

- Die Ausbildung der Mediziner muss dementsprechend mehr allgemeinmedizinisch orientierte Fächer anbieten. Die psychologischen und gesellschaftlichen Ursachen von Krankheiten müssen endlich einmal in den Ausbildungsplan integriert werden. Das gleiche gilt natürlich auch für Auswirkung bestehender Krankheiten.

- Gesundheitswesen und gesellschaftliches System können nicht getrennt werden. Krankheiten, Verarbeitung von bestehenden Krankheiten und Versorgung von Kranken und ärztliche Betreuung sind schichten- und klassenabhängig. Um nur einige Beispiele zu nennen: Bessere Versorgung der Privatpatienten, ungleiche Versorgung in verschiedenen Quartieren, schichtenspezifisches Krankheits- und Gesundheitsverhalten und -bewusstsein, Krankheit und Arbeitslosigkeit, Unterversorgung auf dem Lande und in Berggegenden.

Probleme dieser Art u. a. diskutieren wir auf den Vollversammlungen, die vierzehntägig einberufen werden. Alternierend dazu finden die Sitzungen der verschiedenen Arbeitsgruppen statt. Zur Zeit bestehende Arbeitsgruppen sind:

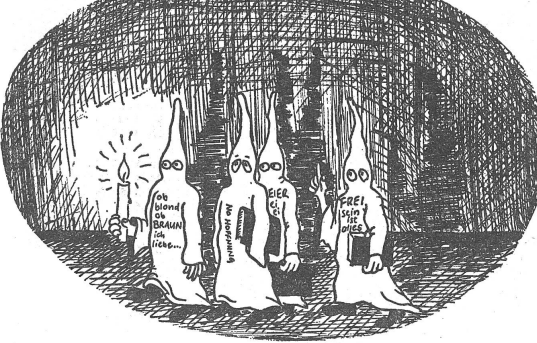
- Arbeitsgruppe Gruppenpraxis. Gesellschaftspolitisches Engagement und Gruppenpraxis; organisatorische und juristische Schwierigkeiten bei der Gründung einer Gruppenpraxis.

- Arbeitsgruppe Mediziner Ausbildung. Alternative Lehrinhalte und Alternativen zu Massenvorlesungen.

- Arbeitsgruppe Arbeitsmedizin. Vergleich der arbeitsmedizinischen Versorgung in der Schweiz, der BRD und der DDR.

- Arbeitsgruppe Balint. Setzt sich mit dem Rollenverhalten der Ärzte und dem «Arzt als Droge» auseinander.

Vollversammlungen sind öffentlich und werden fortan im WoBü angekündigt.



Nach der Unigesetzdebatte im Kantonsrat

«Du, lass dich nicht verhärten...»

Im Zusammenhang mit dem neuen Unigesetz erschienen an dieser Stelle schon einige Artikel über die Frage der verfassten Studentenschaft. Ebenso stand in der ersten Semesterhälfte das Uni-Gesetz – und mit ihm die «Zwangskörperschaft» – im Mittelpunkt der politischen Arbeit verschiedener Unigruppen. Es blieb aber nicht bei Zeitungsdebatten: Der KStR und die linken Gruppen versuchten im Vorfeld der kantonsrätlichen Debatte vom vergangenen Dezember, in einer konkreten Kampagne die Studentenschaft über die Vorteile der Erhaltung der «Zwangskörperschaft» zu informieren. Doch ein beträchtlicher Teil jener, die sich an dieser «Mini-Anti-Unigesetz-Kampagne» beteiligten, ist heute enttäuscht über das geringe Echo, das diese trotz ihren Anstrengungen bei den Studenten fand. Was war passiert? – «Warum hatte sich die «Basis» nicht geregt?» versucht im folgenden die «Bresche-Hochschulgruppe» zu analysieren.

Wenn wir als «Bresche-Hochschulgruppe» (BHG) diesen Beitrag zur Diskussion stellen, so nicht nur aus dem unmittelbaren Anlass der Unigesetz-Kampagne. Vielmehr sind wir der Meinung, dass heute – in einem Moment des totalen politischen Dornröschenschlafs der linken Studenten – die Frage einer Reaktivierung des politischen Lebens an der Uni in einem allgemeineren Rahmen aufgeworfen und diskutiert werden muss.

«... in dieser harten Zeit»

Eines ist sicher: Die Konjunktur der linken Studentenbewegung in Zürich und an anderen Orten der Schweiz flachte seit den frühen 70er Jahren mehr oder weniger konstant ab. «Die Bewegung ist mir nichts, das Studium und die Karriere alles», sagten sich die einen und begannen den gesellschaftlichen Aufstieg. Andere wieder verkochten sich demoralisiert in ihren häuslichen Bau, betrieben – oder betreiben vielleicht noch heute – Wissenschaftskritik und warten untätig auf den grossen «Kladderatsch», den «grand soir».

Sicher gibt es Gründe «objektiver» Natur für den Rückzug vieler ehemals politisierter Studenten und für die Flaute an der Uni überhaupt. Wir nennen hier nur die wichtigsten:

- eine verschärfte Studiensituation, die uns wieder vermehrt hinter die Bücher treibt;
- eine mangelnde Berufsperspektive, der Zwang, sich einen Job zu angeln;
- eine zunehmende Repression, auch im «Mittebau», bei den ÄStudenten;
- die immer noch andauernde Passivität der schweizerischen Arbeiterbewegung, von der jedermann eine rasche Wiederbelebung erwartet und/oder erhofft hatte.

Diese paar leider nur skizzenhaft aufgeführten Elemente führen dazu, dass die Mobilisierungsbereitschaft der Studenten gerade für unbezogene Probleme wie Studienordnungen, Unigesetz u. a. m. sehr gering ist. Dies aus dem einfachen Grund, dass man «hier» nicht mehr an Veränderungsmöglichkeiten, an «Erfolgschancen» glaubt. Die Aktivität in breiter Forderungsbewegung ist daher der kritischen Betrachtung der eigenen Wissenschaft, der Bewältigung sog. «individueller» Probleme (z. B. Emanzipation), der Lektüre marxistischer Fachliteratur gewichen.

Spontanität ist uns allen sowieso abhanden gekommen: Man hat Hemmungen, öffentlich aufzutreten, eine provo-

kative Frage zu stellen, aufzumucken. Auch die einst breite Basisgruppenbewegung bröckelt da und dort ab und schliesst sich in ihrem Fachbereich ein. «Es fehlt die Koordination!» – aber man tut sich sogar schwer daran, einen Samstagnachmittag für einen simplen Erfahrungsaustausch zu opfern.

Die Unigesetz-Kampagne

Auch sie machte hier keine Ausnahme. Jedermann, der sich aktiv an beteiligte, merkte bald, dass das Gros der Studenten sich für abstrakt erscheinende universitäre Fragen nicht mehr so leicht in Bewegung setzen lässt. Die einseitige Ausrichtung des Kampfes von Seiten des KStR, des MSV oder der KOCH-HG auf die Propagierung blosser juristischer Formeln wie «Zwangskörperschaft», «universitäre Autonomie» u. ä. konnte diese Tendenz nur noch verstärken, so dass sich die Basisgruppen in dieser Kampagne grösstenteils passiv verhielten.

Trotzdem: Gerade die Auseinandersetzung um das Unigesetz wäre unserer Meinung nach eine Möglichkeit gewesen, die zersplitterte Uni-Linke wieder etwas zusammenzuschweissen. Dies, indem der Angriff auf die verfasste Studentenschaft durch die Rechte und ihre rechtlastigen freisinnigen Kollegen in den Rahmen des veralgemeinerten Ab-

Nochmals: Wer vertritt was?

Stellungnahme zu den Angaben im November-«ZS»

Die BHG tritt – entgegen anderslautenden Behauptungen – aktiv für die Erhaltung der verfassten Studentenschaft ein. Im Gegensatz zu MSV, POCH oder SHG verteidigen wir die «Zwangskörperschaft» aber nicht als Prinzip, oder als Apparat. Denn wir können uns durchaus noch demokratischer, auf der Selbstorganisation der Studenten aufbauende Organisationsformen vorstellen. Die Angriffe der Rechten gegen die Studentenschaften sind aber klar gegen die Möglichkeiten der Linken gerichtet, Institutionen zur Unterstützung von Mobilisierungen zu verwenden. Deshalb und weil die Abschaffung oder die Beschneidung der verfassten Studentenschaft einem Angriff auf die legitimen demokratischen Rechte der Studenten gleichkäme, verteidigen wir die Zwangskörperschaft.

baus der demokratischen Rechte in diesem Land gestellt worden wäre.

Nicht nur die kurzen und vereinzelt Reaktivierungen der letzten Jahre – bei der KStR-Absetzung im Juli 75 oder bei der «konzept»-Solidaritätsveranstaltung im Mai 76 –, sondern auch die angeregten Diskussionen um die Tätigkeiten des Herrn C. machten deutlich, dass elementare Solidarisierungseffekte noch durchaus vorhanden sind.

Wie also weiter?

Wir sind daher immer noch so optimistisch, zu glauben, dass Wege bestehen, den Diskussionsprozess unter den linken Studenten wieder anzukurbeln. Doch sind auch wir natürlich weit davon



entfernt, Patentlösungen zur Hand zu haben, die der politischen Flaute abhelfen könnten. Trotzdem sehen wir ein paar Möglichkeiten, gerade in der heutigen Verschnaufpause im Kampf gegen das Unigesetz, zu einer grundsätzlichen gemeinsamen politischen Debatte unter den Linken zu kommen. Diese wären etwa:

- den grundlegenden Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen BGs, AGs usw. systematisiert zu pflegen, wie dies schon ansatzweise mit den vergangenen Arbeitskonferenzen im Rahmen des Unigesetzes geschehen ist.
- Bezüglich Unigesetz: eine Bilanz der bisherigen Diskussion um die «Zwangskörperschaft» und der Kampagne überhaupt zu ziehen und zu fragen: Wie verteidigen wir heute die demokratischen Rechte an der Uni? – Daneben die Debatte über mögliche «nachzwangskörperschaftliche» Organisationsformen in Gang zu setzen (dies kann sowohl in der form von institutsbezogenen Diskussionen als auch innerhalb der erwähnten breiten Arbeitskonferenzen geschehen).
- Weiterführung und Konkretisierung der seit längerer Zeit stillgelegten Diskussion über den jeweiligen Berufsweg, die gewerkschaftliche Organisation nach dem Studium, wie sie in den Basisgruppen vor über einem Jahr durchgeführt wurden.

Dies sind ein paar Vorstellungen, die uns unmittelbar vorschweben. Wir möchten sie mit diesem Beitrag zur Diskussion stellen und hoffen sehr, weitere werden folgen ...

«Bresche-Hochschulgruppe»

FREIHOFFER'S
Wissenschaftliches
Antiquariat
Naturwissenschaft
Medizin
Technik
Psychologie
Sonneggstrasse 21
8006 Zürich
Telefon 01/60 42 82

Spots

Am 6. Januar 1977 stellte die Westberliner Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen einen 39-jährigen Ehemann wegen gefährlicher Körperverletzung ein. Der Mann hatte zwei Tage nach der Scheidung seine ehemalige Frau in ihrer Wohnung schwer misshandelt und zweimal vergewaltigt. Das Gericht entschied auf Einstellung des Verfahrens und Straffreiheit, weil das Scheidungsurteil noch nicht rechtskräftig gewesen sei. Der Mann sei also offiziell noch verheiratet gewesen. Vergewaltigung der Ehefrau erlaubt!

Entwicklung Maturanden- und Studentenzahlen bis 1985/86

Jahr	Maturanden	Studierende (total)
1970/71	6 048	42 000
1975/76	7 950	52 000
1983/84	11 400**	68 000**
1984/85	11 450**	70 000**
1985/86	11 150**	72 000**

* Geburten bis 1984 wirkt sich die Spitze des «Geburtenberges» von 112 890 Geburten im Jahr 1964 bei Maturanden und Studienanfängern aus. 1983 bis 1986 (Verzögerungen im Studienbeginn) werden – ohne Neuzunahme – rund 20 000 Studierende mehr an den Hochschulen der Schweiz sein als 1975/76 (Zuwachsrate: mehr als 33 Prozent).

** Prognosen

Wie steht es an den Hochschulen mit der Emanzipation?

Etwas zur Sache der Frau

Frauen an der Uni? Professorinnen sind eine Rarität; bei den Studenten sind die Frauen schon etwas zahlreicher vertreten – besonders bei den schöngestigen Phil.-I-Fächern –, und in der Verwaltung sind sie, die Sekretärinnen und Putzfrauen, wohl in der Mehrheit. Das Hierarchiegefälle ist deutlich. Aber wenn die Frage nach den Frauen an der Uni gestellt wird, geht es nicht nur um ein Zahlenbeispiel «Frauen gegen Männer» bzw. «Frauen unter Männern», sondern auch um den Gedanken einer Frauenuni, einer Universität also, welche durch die Frauen, die da arbeiten, qualitativ verändert wird. In welche Richtung eine solche Veränderung auch der wissenschaftlichen Problemstellungen

gehen könnte, ist vor zwei Jahren, im Frühjahr 1975, an der Uni-Frauenwoche angetönt worden. Die Diskussionsbereitschaft, das Interesse an der Frauenfrage war damals vorhanden, nicht erst als die Starfeministin Alice Schwarzer die Zuhörerinnen und Zuhörer mit ihrer klaren Sprache zu fesseln vermochte, sondern auch schon als die Frauen aus der Ökonomie, Geschichte, Philosophie, Jus... auf selbstbewusste und verständliche Art ihren Beitrag zur Situation der Frauen vermittelten. – Am 18. Februar ist es wieder einmal soweit: Einen Tag lang wird Frauen-Uni «gespielt», doch wir Frauen meinen es ernst damit.

Liselotte Suter

Als ich an die Uni kam, wollte ich Mathematik studieren. Ich war stolz, ein Studium zu ergreifen, das für Frauen nicht üblich war. Endlich wollte ich «denen» einmal beweisen, dass Frauen nicht dummer sind als Männer, wie mein Vater immer behauptete. Doch dies war ein kurzer Traum.

Als Mathematikstudentin fand ich mich in einem riesigen Hörsaal mit etwa 100 männlichen Studenten. Ängstlich schweiften meine Blicke über diese Männerwelt. Da entdeckte ich noch eine Frau. Eine Frau auf hundert Männer! «Das schaffst du nie», durchzuckte es mich. Kommentare meiner Verwandtschaft: «Was, du willst Mathematik studieren, das ist aber schwer für eine Frau.» – «So ein intellektuelles Mädchen wie du findet keinen Mann.» – «Studier lieber Sprachen, das nützt dir,



weil du mal Kinder hast.» – «Ich will gar nicht heiraten und gar keine Kinder», schnaubte ich wütend. Aber ich war längst nicht mehr so sicher, eigentlich nie sicher gewesen. Die Angst blockierte mein Denken. «Das schaffst du nie, das schaffst du nie», ich konnte die Mathematikaufgaben nicht lösen, die Vorlesungen gingen mir viel zu schnell vorwärts mit dem Stoff.

Der Mann das Haupt – die Frau die Seele...

Ich verliess die Uni. Eine Versagerin mehr. Warum steigen die Frauen so häufig aus dem Studium aus? «Sie heiraten halt», sagte mir ein Student.

Ich ging ins Ausland, flüchte vor für ein paar Jahre. Heute studiere ich Psychologie. Gezielt sich wohl besser für eine Frau. «Der Mann das Haupt, die Frau die Seele der Familie», hiess es schon im Eheheft, das ich bei meinen Eltern ergatterte, um mich aufzuklären.

Nun, immerhin, die Psychologie bemüht sich, eine «objektive» Wissenschaft zu werden, wo alles empirisch belegt und mit Statistiken abgesichert ist. Hören wir einen Dozenten der Psychopathologie: «Fallgeschichte» einer depressiven Frau: Eine Frau, deren Mann sich eine Geliebte anschafft, versinkt in Depressionen, Suizidversuch, vorübergehende Einlieferung in eine Klinik, Verabreichung von Antidepressiva. Der Psychiater rät ihr eine Trennung von ihrem Mann an. Sie müsse einen Mann haben, der eher ihren Bedürfnissen entspreche. Welchen Bedürfnissen?

Das Ganze wird überhaupt nicht problematisiert. Schon der Fachjargon deutet es an: Es ist eine scheinbar objektive und wertfreie, im Grunde aber total verdinglichte Sprache. Das Schicksal der Frauen, das wahrscheinlich das Schicksal von Millionen Frauen ist, wird zu einem klinischen «Fall» degradiert. Ihre totale Abhängigkeit vom Mann wird überhaupt nicht reflektiert. Die Therapie lautet einfach: Man schiebe

die Frau vom Mann zum anderen, da sie ja per definitionem ohne Mann nicht leben kann. Warum aber kann diese Frau ohne Mann buchstäblich nicht leben? – Weil eine Frau in unserer Gesellschaft soziale Sicherheit, gesellschaftliche Stellung, Identität über den Mann bezieht. Nach Zivilgesetzbuch ist er noch immer der Ernährer, sie die Hausfrau, Gratsdienstleistungsbetrieb für andere. Ihr sozialer Status hängt von dem des Mannes ab. Ihr Körper ist Besitzobjekt des Mannes, in der Reklame Konsumreiz, im Sexfilm Aufgelassene.

Was man so sagt...

Auch die Sprache drückt es aus: «Mann» ist Mann und Mensch. Frau ist stets das andere. Um solche Sprachstrukturen bewusstzumachen, haben Feministinnen begonnen, das kleine Wörtchen «man» durch das kleine Wörtchen «frau» zu ersetzen oder «man» mit zwei «n» zu schreiben: «mann»; frau ist ja auch nur Frau als Ehefrau, sonst Fräulein: das Fräulein, das Mädchen. Das Sächliche bezeugt den Objektcharakter der unverheirateten Frau. Frau als Ding, als Ware.

Mit solch alteingetragenen Denkstrukturen und frauenfeindlichem Wissen konfrontiert, wie soll da frau ihre eigenen Bedürfnisse erkennen und durchsetzen an dieser Männeruni? Das erste ist, dass wir uns zusammenschliessen: Deshalb haben wir die FBB-Unigruppe gegründet, die sich als Teil der Frauenbefreiungsbewegung versteht, aber zugleich die spezifischen Interessen der Studentinnen an der Uni vertritt. Wir sind regelmässig präsent an der Uni mit einem Büchertisch, wo wir Frauenbücher auslegen. Jeden Donnerstag von 11.30 h bis 13.30 h beim Rondell. Aber das genügt nicht. Wir müssen unsere Situation an der Uni analysieren. Am Anfang des Semesters flüchte wir ein Flugblatt verteilt, wo wir die Zahlenverhältnisse zwischen weiblichen und männlichen Dozenten und Studierenden für das SS 76 aufgezählt haben: Dozenten/Dozentinnen und Lehrbeauftragte an der Uni Zürich.

Verteilung nach Geschlecht:

Fakultät	weiblich	männlich
Theologie	0 0%	30 100%
Jus	3 2,3%	127 97,7%
Medizin	26 5,1%	475 94,9%
Phil. I	44 10,8%	361 89,2%
Phil. II	5 2,1%	232 97,9%
Total	78	1225

(n. Vorl. verz.)

Von allen Lehrenden an der Uni sind also nur 6,7% Frauen, und davon nur vier ordentliche Professorinnen! Prozentzahlen der Studentinnen an der Uni im SS 76: 29,7%.

Die Frau – das «bescheidene» Wesen

Uns allen ist klar, dass sich diese Verhältnisse nicht grundsätzlich ändern können, solange Frauen weiterhin auf die Hausfrauen- und Mutterrolle fixiert werden und damit keine Weiterbildung, die nicht dieser Rolle dient, als überflüssige Investition gilt, solange Mädchen in der Schule Handarbeit und Kochen lernen, während Knaben in Rechnen und technischen Fächern gefördert werden. Hier hat die technische Ignoranz der meisten Frauen ihre Wurzel und nicht in einer angeborenen technischen Minderbegabung. Und warum sowenig Frauen in Studienrichtungen, die Zugang zu wichtigen gesellschaftlichen Positionen eröffnen, warum sowenig Dozentinnen? Weil gesellschaftliches Prestige für Frauen meistens auch gesellschaftliche Isolation bedeutet. Was bei Männern üblich ist, nämlich die berufliche Laufbahn allem voranzustellen, wird Frauen zum Verhängnis: Eine Frau in höherer Position gilt als geschlechtliches Neutrum und «Unikum», interessant höchstens noch als Fachkollegin.

«Mehr Dozentinnen an die Uni!»

Diese Forderung erheben wir nicht, weil es uns darum geht, mehr Frauen an der Uni zu haben, die es «strotzen» geschäft haben. Sondern wir wollen

Frauen, die auch Fraueninteressen vertreten, die all jene von der patriarchalischen Wissenschaft liegengelassen oder verfälschten Themen, die uns Frauen betreffen, aufarbeiten und erschaffen: Frau und Medizin, Sexismus in der Sprache, Frauen in der Geschichte usw. usw. Nur indem wir an einer neuen Wissenschaft und Frauenkultur arbeiten, können wir eine Identität als Frauen gewinnen.

Immer wieder hören wir von anderen Frauen: «Ihr Studentinnen seid ja ohnehin privilegiert.» Das stimmt, wenn wir an all jene Hausfrauen denken, die rund um die Uhr präsent sein müssen, an all die Frauen auf dem Büro, die bloss die rechte oder linke Hand ihres Chefs sind, an Arbeiterinnen, die als Anhängsel von Maschinen funktionieren müssen.

Das neue Projekt der Progressiven Frauen Schweiz

Ein Tag Frauen-Uni ist nicht genug

Mit einer Aktionswoche vom 7. bis 13. März wird in der Roten Fabrik in Zürich eine neue gesamtschweizerische Frauenorganisation gegründet. Der eigentliche Gründungskongress findet am Sonntag, dem 13. März, statt. In der vorhergehenden Woche soll ein kulturpolitisches Programm (Frauentheater, Musik, Kindermittag, Fest, Beizenbetrieb) möglichst vielen Frauen Gelegenheit geben, sich selber, sich untereinander und uns kennenlernen und sich über die neue Organisation zu informieren. Der Name: «Zur Sache der Frau» (SAFRA).

Durch Gerüchte ist bereits bekanntgeworden, dass die Progressiven Frauen Schweiz (PFS) ihre Organisation erweitern wollen. Der Entschluss, sich auf breiteren Boden zu stellen, ist ein Schritt in der Entwicklung der Frauen, die heute Mitglieder der PFS sind, und ist für Ausstehende am besten aus der Geschichte der Organisation zu verstehen.

Die Geschichte der Frauen studieren

Die Progressiven Frauen sind in Basel aus der Studentenbewegung der endsechziger Jahre hervorgegangen, zu einer Zeit also, in der die traditionelle Frauenbewegung, die hauptsächlich den Kampf um das Frauenstimmrecht geführt hatte, in einer Sackgasse war: Der Kampf um das Frauenstimmrecht plumperte aus. Die Studentenbewegung schliesslich brachte zwar die Frauenbe-

Einzelne Studentinnen sagen auch selbst von sich: «Was brauch' ich euer Frauenbefreiungszeug, ich bin doch emanzipiert!» Was meinen sie damit? Vielleicht: «Ich hab' geschafft, ich bin an der Uni, die Zukunft steht mir offen.» Dass dies häufig ein Trugschluss ist, beweisen die Erfahrungen von stellsuchenden Frauen mit Uniabschluss; selbst ein abgeschlossenes Hochschulstudium schützt nicht vor Diskriminierung. Vielleicht mag «emanzipiert sein» für einige auch heissen: «Ich kann «penen» mit wem ich will, im Notfall weiss ich auch, wo ich abtreiben kann. Ich hab' die Möglichkeit, mir einen Mann in gehobener Stellung zu angeln, kann mir vielleicht auch noch selbst ein gutes Pöstchen ergattern.» Die Kehrseite wäre: «Dafür muss ich stets diesen Herzen gefällig sein, darf ja nicht zuviel Intelligenz oder eigene Bedürfnisse und Ansprüche zeigen.»

18. Februar: Frauenunitag

Es ist klar, dass wir eine solche Emanzipation nicht wollen. Wir wollen unsere Privilegien als Studentinnen nicht dazu benutzen, uns bei Karriere-männern mehr Chancen zu ergattern, sondern sie für die Befreiung aller Frauen aus männlicher Vorherrschaft einzusetzen. Um einen kleinen Vorgeschmack davon zu bekommen, wie eine Uni für Frauen ausssehen könnte, wollen wir von der FBB-Unigruppe am 18. Februar einen **Frauenunitag** organisieren. Studentinnen aus verschiedenen Fachbereichen erarbeiten verschiedene Alternativveranstaltungen zu den üblichen Fachvorlesungen. Ein Tag, um all das, was uns Frauen in unserem Studium aufstösst, verletzt, mundtot macht, zu artikulieren, ist eigentlich viel zu wenig, aber es soll ein Anfang sein.

FBB-Unigruppe



Frauen bis zu 40% weniger Lohn als ein Mann für die gleiche Arbeit bekommen, solange Mädchen schlechter ausgebildet werden als ihre Brüder und folglich die unqualifiziertesten Arbeiten machen, wird normalerweise (und sogar vernünftigerweise) der Mann mit der Ausserhausarbeit das Geld zum Unterhalt der Familie verdienen und die Frau Haushalt und Kinder ebenso unbezahlt wie ungewürdigt versorgen. Deshalb kann der Weg zur ökonomischen Unabhängigkeit der Frau nur über gesellschaftliche Einrichtungen erfolgen, die es ihr ermöglichen, den erlernten Beruf weiter auszuüben und sich weiter zu qualifizieren. Selbstverständlich muss deshalb der Kampf geführt werden um gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, gleiche Bildungschancen für Mädchen und bei gleicher Qualifizierung gleiche Aufstiegchancen im Beruf. Aus diesem Grund haben wir die Gleichheitsinitia-

Fortsetzung auf Seite 6

Weg mit dem Fräulein – Weg frei für Frauen

«... darf das Weib, welches sich ohne männliche Beihilfe, aus eigener Kraft eine selbständige Stellung errang, präferieren, auch den würdevollen Namen «Frau» beigelegt zu erhalten. Es ist überhaupt eine ernste Forderung des Zeitgeistes, dass das Weib eine selbständige, rein menschliche, vom Verhältnis zum männlichen Geschlechte unabhängige Geltung erstehe und dass es demnach nicht mehr für die Gesellschaft als vermählt oder unvermählt von vornherein rangiert und klassifiziert werde. Für das Weib soll in Zukunft Liebe und Ehe lediglich eine heilige, unantastbare Herzens- und Privatangelegenheit sein, keine gesellschaftliche! Lebensfrage, und Frauen, d. h. vollwertige Gesellschafts-

glieder, denen man in Form und Wesen gleicherweise Achtung und Berücksichtigung zollt, das sollen alle sein, auch die Unverheirateten.»

Aus «Frauen-Anwalt», Nr. 6, 1871/72

Das schrieb Frau vor hundert Jahren, und noch immer unterscheidet Mann zwischen Frau und Fräulein. Damit machen wir nun endlich Schluss! Frauen sind Frauen, und wir fordern, dass wir auch mit «Frau» angesprochen werden.

Wer sich nicht mehr mit dem diskriminierenden «Fräulein» anreden lassen will, schicke den folgenden Talon an die Einwohnerkontrolle des Wohnortes:

Absender:

_____ An den Chef der
Einwohnerkontrolle
Datum _____

Gesuch um das Recht, sich mit Frau statt Fräulein ansprechen zu lassen

Sehr geehrte Herren,

Da ich mich in Zukunft mit F r a u statt Fräulein ansprechen lassen möchte, bitte ich Sie, die nötigen amtlichen Schritte zu veranlassen.

Meine Personalien:

Name _____ Vorname _____

geb. am _____ von _____

Beruf _____

wohnhaft _____

Für Ihre Bemühungen danke ich Ihnen im Voraus und verbleibe

mit freundlichen
Grüssen

Beilage: Schriftenempfangsschein

jeans-
Fundgrube

1 Paar **Fr. 25.-**
3 Paar **Fr. 60.-**
Nur bekannte Marken

Willy Korn
Jeans-Shop
Rigiplatz Universitätstr. 102

Fortsetzung von Seite 5

tive unterstützt. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wird auch erreichbar sein, dass Männer mit gleicher Selbstverständlichkeit Kinder und Haushalt versorgen.

Die Politik der PFS

Was nun die neue autonome Frauen-Massenorganisation von anderen feministischen Massenorganisationen unterscheidet, ist, dass wir den gesamtgesellschaftlichen Kampf in unsere Strategie einbeziehen. In der «National-Zeitung» (29.1.77) wird uns vorgeworfen, dass wir über sozialistische Forderungen nicht hinausgehen. Daraus werden die häufigsten Missverständnisse über den Charakter einer Massenorganisation deutlich: Die Aufgabe einer solchen Organisation kann nicht sein, als «Avantgarde» des Volkes die Veränderung der Gesellschaft zu bewirken, sondern sie muss frauenspezifische Forderungen aufstellen, ausgehend von den Gegebenheiten. Man kann auch nicht davon ausgehen, dass wir uns berufen fühlen sollten, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Tatsächlich sind wir der Meinung, dass beim heutigen Stand der Klassenkämpfe in der Schweiz eine antimonopolistische Politik auf der Tagesordnung steht.

Jede Frau, die sich als Feministin versteht, wird selbstverständlich ihre eigene Rolle als Frau überprüfen. Wir glauben aber nicht, dass wir es beim Kampf gegen den eigenen Mann oder gegen die Männer schlechthin bewenden lassen sollten. Der Kampf am häuslichen Herd, den auch fortschrittliche Frauen mit fortschrittlichen Männern zu führen haben, weil deren Alltagsverhalten sich

noch nicht auf der Höhe ihres Bewusstseins befindet, darf zwei Einsichten nicht verdecken:

- Auch der Kampf am Waschtrog oder im Bett hat gesellschaftliche Ursachen. Der weitaus grösste Teil der Frauen nimmt nicht teil an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Die Frauen sind im politischen Leben kaum vorhanden, allenfalls mit Alibifunktion. Ebenso im öffentlichen Leben: Selbst hochqualifizierte Frauen finden immer noch einen Mann über sich (Chefarzt, Chefredaktor, Leiter einer Forschungsanstalt usw.).
- Zweifelloso hat die sogenannte privilegierte Frau (die mit guter Ausbildung und/oder wohlhabendem Ehemann) mehr Möglichkeiten, sich ihre Diskriminierung weniger bewusst zu machen als die Lohnabhängige Frau, die ihre Abhängigkeit im Beruf ungemildert durch Erfolgsergebnisse und Befriedigtsein in der Arbeit täglich spürt. Ebenso leidet die «privilegierte Frau», wenn Geld kein Thema ist, weniger unter der Abhängigkeit vom Mann und unter der Doppelbelastung als berufstätige Frau. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass sie ebenfalls von gesellschaftlichen Entscheidungen höchstens Kenntnis nehmen kann.

Wir schliessen daraus, dass die Lage aller Frauen nur zu verändern ist, wenn wir mit so vielen Frauen wie möglich Einigkeit darüber erzielen, dass die heutige Gesellschaftsordnung, also der Monopolkapitalismus in seiner Verflechtung mit der Staatsmacht, ein vitales Interesse daran hat, die Frauen in ihrer Rolle als beliebige abrufbare Arbeitskraft und als Lohnrucker zu erhalten. Das gemeinsame Interesse aller Frauen, die nicht zum monopolistischen Kern der Gesellschaft gehören, muss neben dem Kampf gegen ihre geschlechtsspezifische Unterdrückung auch gegen die Herrschaft der Monopole gerichtet sein. Das bedeutet demokratische Erneuerung, und demokratische Erneuerung heisst heute auch: durch Ausnützung der vorhandenen de-

halten. Das gemeinsame Interesse aller Frauen, die nicht zum monopolistischen Kern der Gesellschaft gehören, muss neben dem Kampf gegen ihre geschlechtsspezifische Unterdrückung auch gegen die Herrschaft der Monopole gerichtet sein. Das bedeutet demokratische Erneuerung, und demokratische Erneuerung heisst heute auch: durch Ausnützung der vorhandenen de-

Vortragsreihe Emanzipationstheorien

Montag, 7.2.77: Sexualität
Montag, 14.2.77: Familie, Erziehung
Montag, 21.2.77: Hausfrauen
Montag, 28.2.77: Ausbildung, Beruf
jeweils 20 Uhr im Limmathaus

monokratischen Strukturen den Abbau der Demokratie zu verhindern. Weil wir als Frauen zusätzliche Diskriminierung erfahren, müssen wir uns gemeinsam dagegen zur Wehr setzen. Das ist der Grund, weshalb wir eine breite, parteiunabhängige, demokratische Frauenorganisation für notwendig halten.

Zur Zeit wird der Entwurf der Plattform der neuen Organisation «Zur Sache der Frau» in allen Sektionen der PF breit diskutiert. Abänderungsvorschläge werden von allen Mitgliedern und Sympathisantinnen, die an den Diskussionen teilnehmen, entgegengenommen und in einem neuen Entwurf, der am 13. März zur definitiven Verabschiedung vorgelegt wird, berücksichtigt. Alle Frauen, die an der neuen Organisation interessiert sind, haben also seit Wochen – und jetzt noch – Gelegenheit, die Plattform mitzubestimmen.

Progressive Frauen Schweiz

zs -Tip

Kurs: Der emanzipierte Mann

Es steht fest, dass sich viele Männer durch die emanzipatorische Entwicklung ihrer Partnerin in ihrer eigenen Rolle in Frage gestellt fühlen, ja fühlen wollen: Was ist typisch für mich als Mann? In meinen verschiedenen Beziehungen zu Frauen, zu andern Männern, zu Kindern, in meinen Rollen in der Familie, im Beruf, in der Freizeit, in der Politik, in der Armee sehe ich mich als Mann

bestimmten Erwartungen ausgesetzt. Ich funktioniere in diesem Netz von Erwartungen und Beziehungen – aber kann ich mich darin als Persönlichkeit entfalten, oder fühle ich mich eingekengt?

Der Kurs «Der emanzipierte Mann» will Männern Gelegenheit geben, unter ihresgleichen ihre Selbstentwicklung und -verwirklichung kritisch zu überdenken, sowie in Gruppengesprächen und Übungen zum Erlebnis neuer Erfahrungen und Einsichten verhelfen. Beginn: 23.2.1977, Auskünfte: Zentrum für soziale Aktion und Bildung, Langstrasse 213, Postfach 166, 8021 Zürich, Tel. (01) 42 12 70.

wo d'studänte anegönd...



Rest. «Weisser Wind»

Oberdorfstr. 20, Tel. 32 18 45
Räumlichkeiten für Feste und Anlässe (10-250 P.)

Preiswertes aus Küche und Keller
Fam. A. Fellmann



Tea-Room
MAROKKO

Snackes
günstige
Tellergerichte

Spezialitäten
zu jeder
Tageszeit
kalt und warm

Rämistr. 31, beim Bellevue
vis-à-vis Parkhaus Hohe Promenade

Café «Studio»

gute Küche, angenehmer Aufenthalt
Hottingerstrasse 5
Zürich
Telefon 32 91 41

atelier

tea room
zähringerstrasse 24 zürich 1
tel. 32 44 80

Der Treffpunkt
der Studenten

Tea-Room «Vogelsang»
Vogelsangstrasse 10, Tel. 28 90 30,
8006 Zürich

Annahme von Lunch-Checks.
Für Studenten 10% günstiger essen
mit Vogelsang-Checks!

Täglich sehr preiswerte
und reichhaltige Menüs.

Wir freuen uns,
Sie begrüßen zu dürfen
P. und M. Thau-Betschart

Preiswert und gut essen im
Rest. «Johanniter»
Niederdorfstr. 70

und Rest. «Gans»
Niederdorfstr. 88

abends ins
jazz-house «Picadilly-
Circus»
mit internat. Spitzenorchestern wie
Picadilly-Six, Harlem Ramblers usw.
Eintritt frei

Mrestaurant Stadelhofen

gut und preiswert

ZUR KANTOREI
8001 Zürich, Neumarkt 2
Telefon 47 99 62

Das gepflegte Restaurant für
jedermann im Verbindungshaus der
Zürcher Singstudenten
Michel und Ingrid Panchaud

Beachten Sie bitte unsere In-
serate und berücksichtigen
Sie unsere Inserenten.

Schöner Wohnen's
Kafi Neumärt
Ecke Neumarkt/Obmannamtsgasse

Der gemütliche Treffpunkt mit un-
gezwungener Atmosphäre.
Entspannen Sie sich in unseren
herlich bequemen Polstern bei
einem erfrischenden Trunk, einem
himmlisch duftenden Kaffee oder
bei einer unserer vielen speziellen
Teesorten.
Man trifft sich – man sieht sich im
Neumärt!

Restaurant
«am egge»

Froschgaugasse 15
8001 Zürich, Tel. (01) 32 13 33

Warme Küche von 11 bis 24 h
Günstige Preise

Ansprechende Auswahl günstige Preise

finden Studenten in unseren Gastbetrieben

Mensa der Universität
Unibar
Erfrischungsraum
Erfrischungsraum
Erfrischungsraum

Olivebaum
Frohsinn
Hotel-Restaurant Rütli

Künstlergasse 10
Universitätsgebäude
Institutsgebäude Freiestr. 38
Zahnärztliches Institut
Med.-vet. Institut im
Kantonale Tierspital
Stadelhofenstrasse 10
am Hottingerplatz
Zähringerstrasse 43

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

Für Naturwissenschaftler
Ingenieure und Naturphilosophen:
Zur Äquivalenz von
Masse und Energie
von Hugo Kressebuech
Tatsachen und Legenden um die
Formel
E=mc²

Korrekte und leichtverständliche Her-
leitung dieser Formel. Dreidimensio-
nale Darstellung der Energie, — Über-
raschung aus Wien, — Einfache Be-
rechnung des Energieinhalts von
1 Gramm Materie. Broschüre A4, 9
Druckseiten, 3 Bilder, Literaturver-
zeichnis.
Erhältlich bei Ihrer Buchhandlung
oder beim Verlag:
PROXIMA AG
Werdstrasse 40, CH-8004 Zürich
Preis DM/Fr. 7.—

Ihre DISSERTATION schreibt und
druckt zu vernünftigen Preisen



Studium abgeschlossen? Ein Jahr
im Praktikum? Aber «das Konzept»
wollen Sie doch nicht vermissen!
Sie finden einen Abonnieratlon in
dieser Nummer.

Farben

zum selber Malen
und die gute
Beratung bei



Schaffhauserstrasse 6
(vis-à-vis Krone)
Tel. (01) 26 30 61, Zürich
Alles zum Malen

Ein Vergleich lohnt sich bestimmt. Wir ge-
währen für Studenten und an Hochschulen so-
wie Universitäten tätigen Angestellten

bis 30% Rabatt
auf hochpräzise

Mikroskope

für Studien-, Labor- und Forschungszwecke.
Mit Garantie und Service. Einmalige Gele-
genheit!

Verlangen Sie unsere Unterlagen oder über-
zeugen Sie sich von unseren Mustergeräten.

marimex ag, magnolienstr. 3, 8008 zürich.
01-34 39 22 Hr. Albisser od. Hr. Sutter.

Ihr Brillenspezialist
für Augenoptik
+ Kontaktlinsen



Welcho-Optik
Welchogasse 4
8050 Zürich
Telefon 01/46 40 44

gewährt Studenten

10% Rabatt

auf Brillen
Sonnenbrillen
Feldstecher
Höhenmesser
Kompass
und Lupen

Kontaktlinsen

Preise auf Anfrage



BUCHHANDLUNG HEINIMANN & CO.
vorm. Hans Raunhardt

8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster,
Tel. (01) 32 13 68/69

Die Fachbuchhandlung für

Medizin – Psychologie
Recht – Ökonomie
Architektur

mit der grossen Tradition. Individuelle Bedie-
nung und Beratung. Juristisches Antiquariat.

ENGLISCH IN LONDON

Angloschool – eine erstklassige Sprachschule – offeriert Ihnen Intensivkurse: 30
Stunden in der Woche 185 Fr., inkl. Unterkunft und Verpflegung – im Sommer
auch 15 Stunden möglich. Dokumentation:
Horak, Scheuenstr. 18, 3400 Burgdorf, Tel. (034) 22 81 05, nach 19 Uhr

Unsere Abon-
nenten sind un-
serer Stärke.
Können Sie
nicht auch
etwas für un-
sere Stärkung
tun?



Studenten-Schreib-Service

Reinschriften, Offsetdruck
Kopien und Übersetzungen

Tel. (01) 32 00 88
Sonneggstr. 26 8006 Zürich

Gruppendynamik Analytische Selbsterfahrungsgruppen

Die nächste Studiengruppe Z-ST 6 (8 Wochenenden
in 3-wöchigem Abstand) startet am 1.-3. April 1977.

Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt:
Gesellschaft für Analytische Gruppendynamik GAG
Arbeitsgemeinschaft Schweiz

Wangenerstr. 5
8307 Effretikon Tel. (052) 32 51 68

AGU: Anatomie des Rausschmisskandals an der ETHZ

Blind für Alternativen

Hat die ETH-Schulleitung auf eigene Initiative die Aktivitäten der AGU blockiert, oder geschah dies auf Druck von aussen? Trotz zahlreichen Vorstössen von Seiten der Dozenten und Studenten an der ETH, des Vorstehers des Gottlieb-Duttweiler-Instituts und der Dezentrale (vgl. offener Brief an die Schulleitung der ETHZ, ZS 54/6) wollen sich die ETH-Verantwortlichen nicht zur Diskussion stellen. Fest steht lediglich: «Der Name AGU muss von den Hochschulen verschwinden, da gibt es keine Diskussion» – Zitat des Sekretärs der ETH-Schulleitung, 19. 10. 1976.

Als im Frühjahr 1976 der Arbeitsgemeinschaft Umwelt, die deutsche Umweltschutzmedaille verliehen wurde, war die Schulleitung der ETHZ unter den ersten Gratulanten. In einem Brief an die Arbeitsgemeinschaft gab ETH-Präsident Ursprung seiner Freude über die Ehrung, die den beiden Zürcher Hochschulen dadurch zuteil wurde, Ausdruck und gratulierte den Preisträgern im Namen der Mitglieder der Schulleitung zu ihrem grossartigen Erfolg. Rund eine Woche später erschien im «Luzerner Tagblatt» ein Artikel über Cincera's Vortragabend in Luzern. Darin bezichtigte bekanntlich der Subversivengänger die AGU der Subversion und Illegalität (vgl. «das konkret» 5/12).

Nachdem bis Mitte September die Haltung der ETH-Schulleitung gegenüber der AGU stets von Wohlwollen geprägt war und auf Ende September neue Räumlichkeiten in Aussicht gestellt wurden, sagte ETH-Präsident Ursprung am 20. September ein auf den nächsten Tag vereinbartes Gespräch kurzfristig ab. Gleichentags wurde die AGU ohne Vorwarnung innert 24 Stunden (!) zum Verlassen der ETH-Räumlichkeiten aufgefordert.

Geldhahn zuge dreht

Im Sommer 1975 erklärte Ursprung noch, dass die Finanzrestriktionen des Bundes eine neue Organisationsform der Finanzierung der AGU erforderten, und schlug die Gründung eines Trägervereins an der ETH mit der Uni Zürich und Umweltschutzorganisation vor. Ein Jahr später reichte dann Finanzdirektor Bisang einen definitiven Statutenentwurf des «Vereins Umwelt» bei der Schulleitung ein.

Zum Zeitpunkt, als die ersatzlose Räumung der AGU-Büros angeordnet wurde, wollte die Schulleitung jedoch nicht mehr von der Gründung des Trägervereins wissen. Die AGU bemühte sich alsdann um die Angliederung an ein Institut und konnte wenige Tage darauf die Bereitschaft des Entomologischen Instituts an der ETH, die Arbeitsgemeinschaft bei sich aufzunehmen, der Schulleitung zur Kenntnis bringen.

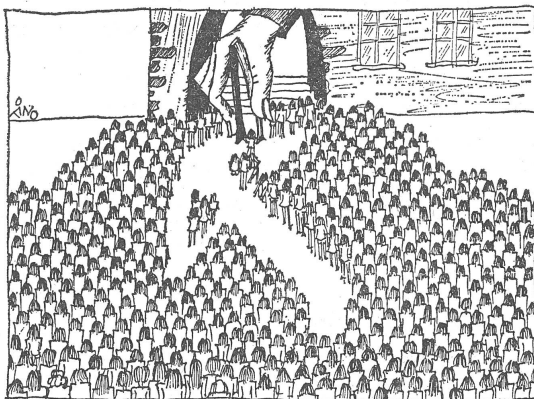
Obwohl die AGU sehr weitgehende Veränderungen ihrer Organisationsform anbot, stellte die Schulleitung gegenüber den Institutsvetreitern immer neue Bedingungen, die AGU bemühte sich interdisziplinäre Arbeit an der ETH verumöglicht hätten.

Allseitige Missbilligung ...

Durch die Massnahmen der ETH-Leitung benehmt, verlangte der Institutsvorsteher des Gottlieb-Duttweiler-Instituts, Prof. Pestalozzi, Auskunft über die Beweggründe, die zum überraschenden Ausschluss der AGU von der ETH führten. In seinem Schreiben an

den ETH-Präsidenten bezeichnete er die AGU als eine der fachlich am meisten ausgewiesenen Umweltorganisationen des In- und Auslands, und es sei daher unerklärlich, dass der AGU inskünftig jegliche Unterstützung seitens der ETHZ entzogen werden soll. Der ETH-Präsident schliesst jedoch seinen Antwortbrief mit dem lapidaren Satz: «Die gegenwärtigen Verhältnisse verbieten mir jedoch eine weitergehende Unterstützung.»

Kurz darauf, im Dezember, kam es an der Vorstandskonferenz der ETHZ zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Schulleitung und den Abteilungs-vorständen. Die Vorstandskonferenz



Unschweizerisches à la AGU ausmerzen, damit das Schweizerische, Qualitätsbewusstsein wieder zum Vorschein kommt.

war nicht willens, das eigenmächtige Vorgehen der Schulleitung zu billigen, und sprach sich für eine weitere Tätigkeit der AGU im Rahmen der Hochschule aus. Die Schulleitung war damals durch Rektor Zollinger an der Vorstandskonferenz vertreten gewesen, war aber unter Berufung auf die Klage der AGU gegen Cincera bei der Bezirksanwaltschaft Zürich, nicht bereit, eine Aussage zu machen. Auf Anfrage teilte der Bezirksrichter jedoch mit, dass die Begründung dieser Auskunftsverweigerung gegenstandslos gewesen sei.

... bis hin zu Protestbekundungen

Damit war der Skandal perfekt. Die einsetzende Flut von Protesten seitens der Studenten und der Umweltorganisa-

tionen machte die Schulleitung noch zugespitzt. Das Angebot der AGU, über den Stand der Umweltschulung an der ETH ein öffentliches Podiumsgespräch zu führen, lehnte sie rundweg ab. Das für die Schulleitung kompromittierende Thema war ihr allmählich über den Kopf gewachsen.

Die Flucht nach vorne antretend, veranstaltete sie im Januar nun ihrerseits eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema «Energiesparen – wie?». Auf die bei dieser Veranstaltung sich mehrmals aufdrängende Frage, was die ETH im Hinblick auf Technologien, die uns aus der einseitigen Energieabhängigkeit befreien, unternahme, antworteten Prof. Stumm, Direktor der EAWAG, und Prof. Mansour, Vorstand der Abt. für Elektrotechnik, mit der Feststellung, dass in dieser Richtung einfach zuwenig Forschung betrieben würde.

Unterdrückung durch die Energielobby?

Die brennendste Frage ist wohl die nach dem Motiv der Aktionen der ETH-Leitung. Die Fakten provozieren dazu. Zurzeit scheinen echte alternative Technologien in Forschung und Lehre recht selten berücksichtigt zu werden. Vielmehr ist bekannt, dass Bestrebungen im Gang sind, bei interdisziplinären Forschungsprojekten abzubauen. Vielfach sprechende Alternativprojekte wie «Biologischer Landbau» (Abt. X) und

«Sonnenkollektorenversuche an der ETH-Kuppel» (Abt. III) bekamen kein grünes Licht von der Schulleitung. Bezeichnenderweise haben die einen Forschungskredit beantragenden keinen Einblick in die Entscheidungsgrundlagen.

Wie durch Indiskretion eines Elektrowatt-Angehörigen gegenüber einem Chemieprofessor der Uni Zürich bekannt wurde, sollen Mitarbeiter dieses Konzerns als Gutachter bei der Prüfung des Sonnenkollektorenprojekts aufgetreten sein. Es ist wohl möglich, darauf hinzuweisen, dass die Elektrowatt als führendes Unternehmen in diesem Forschungsgebiet auftritt und andererseits gewichtige Interessen beim Kernkraftwerkbau verfolgt.

Die AGU hegt daher den dringenden Verdacht, dass die vorgeschobenen Gründe der Raum- und Finanznot nur zum Vorwand dienen, die Arbeitsgemeinschaft aus der Hochschule zu verbannen, und dass in Tat und Wahrheit der Entscheid der ETH-Schulleitung durch die via Industrie und eidgenössische Amtsstellen verbreiteten unwahren Angaben von Cincera zustande kam. Die AGU beruft sich hier auf zuverlässige Quellen aus der ETH-Verwaltung.

Georg Hodel

Projektorientiertes Studium auch für Uni-Studenten

An der Naturwissenschaftlichen Abteilung der ETHZ konnte im Herbst 76 das erste projektorientierte Studium als Experiment in Angriff genommen werden. Zwei Gruppen von je 5 Studenten absolvieren die letzten 4 Semester ihres Studiums im Rahmen von Forschungsprojekten. Bis heute aber ist die Grundidee des POST erst zur Hälfte ausgeführt: Gesellschaftlich relevante Probleme werden lediglich von der naturwissenschaftlichen Seite angegangen, die gesellschaftswissenschaftlichen Fragen liegen noch völlig brach.

Es braucht nun also Uni-Studenten entsprechender Disziplinen, die bereit sind, in einem der zwei bestehenden Projekte mitzuarbeiten. Bei der Vorbereitung des POST wurde uns von den Dekanen der Juristischen, Soziologischen und Ökonomischen Fakultät zugesichert, dass Uni-Studenten ihre Seminar- und Lizentiatsarbeiten im Rahmen des POST absolvieren dürfen.

Schwermetalle sind Umweltgifte

Das eine Projekt, das bis heute Biologen und Biochemiker in Angriff genommen haben, ist stark motiviert von der aktuellen und zukünftigen Belastung unserer Gewässer und Trinkwasser durch hochgiftige Schwermetalle wie Quecksilber, Kadmium, Blei, Kupfer usw.

Die Bedeutung dieser Umweltbelastung durch metallische Gifte mag durch die Befürchtung vieler Wissenschaftler illustriert werden, die meinen, dass die zunehmende Verschmutzung der Umwelt durch Schwermetalle eine analoge Bedrohung darstelle wie die Expansion der Atomkraftwerke.

Dass diese Zunahme der Schwermetallgifte direkt mit der expandierenden Industrialisierung zusammenhängt, muss wohl nicht weiter ausgeführt werden. Es wird die Sache der interessierten Sozialwissenschaftler sein, zusammen mit den Naturwissenschaftlern, die wichtigsten Fragen bezüglich Umweltpolitik herauszuschälen, die im Rahmen des Projekts weiter bearbeitet werden sollen.

Ein Beispiel: Jährlich werden ca. 10 000 t Quecksilber aus dem Wasser und in die Atmosphäre abgegeben. Einer der wichtigsten Verwendungszwecke ist der Herstieg von Chlorgas, welches in Amalgamverfabriken. Bei der Produktion von einer Tonne Chlor entsteht ein «Verlust» von ca. 200 g Quecksilber. Neben der Diskussion der Wirkungsweise dieser Metalle wird auch die Frage nach möglichen globalen und regionalen Einschränkungen zu stellen sein. Danach, wie solche Massnahmen ökonomisch und rechtlich durchzuführen seien, wer «bezahlen» muss bei den verschiedenen Varianten, welche Entwicklungsdrücke entstehen würden (z. B. technologische, ökonomisch usw.).

Naturschutz im Interessenkonflikt

Bis heute sind es vorwiegend Naturwissenschaftler, die Vorschläge für die Ausscheidung von Naturschutzgebieten (NSG) machen. Die Auswahl ist aber immer ein Politikum erster Ordnung. Am Beispiel Reusstal (von Mühlbach bis Bremgarten) soll das Projektstudium gesamtheitliche Kriterien zur Ausscheidung von NSG erarbeiten. Neben den rein naturwissenschaftlichen Aspekten (pflanzensoziologische, bodenkundliche, zoologische, klimatische, geographische usw.) sind vor allem auch die ökonomischen und sozialen Aspekte, die für die Ausscheidung von NSG relevant sind. Anhand des konkreten Projekts sollen die vorhandenen Interessen (Naturschutz, Landwirtschaft, Erholung, Erholungsverkehr, Durchgangsverkehr,

Industriegebiete, Wohngebiete, Meliorationen usw.) durchschaubar und bewertbar gemacht werden. Ökologische und sozioökonomische Kosten-Nutzen-Analysen sowie «Meinungsforschungen» zur Einstellung zu NSG wären denkbar, sofern das Interesse vorhanden ist.

Die Grundidee des POST umfasst drei Hauptelemente: Arbeit an einem gesellschaftlich relevanten Thema, forschendes Lernen mit Selbstorganisation und -planung sowie Gruppenarbeit als Arbeits- und Lernform. Es kann also heute den Uni-Studenten kein Lernprogramm vorgeschlagen werden, sie werden dies mit uns zusammen erarbeiten müssen. Dass wir heute relativ konkrete Themen vorlegen, ist an sich schon ein Widerspruch. Die Interessenten können über die Gruppe und die Projekte mehr erfahren an der Informationsveranstaltung vom 15. Februar.

Abgehört und aufgeschrieben

Beim Städtischen Hortbüro am Parkring werden arbeitssuchende Hortnerinnen abgewiesen und müssen daher stempeln gehen. Gibt es denn zuviel Hortnerinnen? – Nein, ganz im Gegenteil. Im Hort des Schulhauses an der Kernstrasse muss eine Hortnerin, allen 22 Kinder verschiedenen Alters beim Aufgabenlösen betreuen. Kein Wunder, dass die Kinder ihre Aufgaben nicht bis am Abend fertigbringen können und in der Schule Mühe haben. Über diesen Missstand weiss auch der Kreis-Schulpräsident Guyer Bescheid. Untermommen allerdings hat der urchige Sozialde-



Telefonzeitung
01/39 11 12
kurz und kritisch

mokrat nichts. Vielleicht glaubt Schulpräsident Guyer, es käme die Öffentlichkeit billiger zu stehen, wenn die Hortnerinnen stempeln und die alleinstehenden Mütter nachts die Aufgaben ihrer Kinder lösen müssen.

Von den siebzehnjährigen Zürcherinnen und Zürcherinnen haben im Jahr 1975 nur gerade 17% eine Mittelschule besucht. Der Anteil an Arbeiter- und Angestelltenkindern hat im Vergleich zum Vorjahr von 45% auf 40% abgenommen, so gesehen eine besorgniserregende Untervertretung jener Bevölkerungsschichten, die in unserem Land die Mehrheit darstellen und sich die Chancengleichheit immer mehr in den Himmel schreiben müssen.

So stammen 70% der Absolventen der Gymnasientypen A und B aus der Oberschicht. Aber auch in den Seminarien und den Handelsschulen wird der Anteil der Kinder aus begüterten Kreisen immer grösser.

Das Oberschichtblatt von Zürich hält auch schon eine Erklärung bereit: «Die Träume von der Selbstverwirklichung und der menschlichen Solidarität haben sich als Schäume erwiesen, das Arbeiten nach der obligatorischen Volksschule wird wieder gross geschrieben!» Oder anders ausgedrückt: «Die Krise hat im Bildungssektor die Massstäbe und Proportionen wieder zurechtgerückt» – zugunsten der herrschenden Klasse.

Der Schweizer Kartoffelkonsument bekommt im nächsten Herbst nur noch «Volks»-Kartoffeln vorgesetzt. Wie die eig. Alkoholverwaltung mittelt, hat die Dürreperiode des letzten Sommers ein neues Opfer gefordert. Die Sorte «Prominenz» habe sich nicht als hitzebeständig erwiesen und steht für dieses Jahr nicht als Saatgut zur Verfügung.

Bekanntnis zur Unfähigkeit?

ETH-Präsident Ursprung hat Sorgen. Die Widerstände gegen seine Amtsführung wachsen. Nicht nur dass er den Unmut der Umweltfreunde auf sich gezogen hat, auch die Abteilungsvorstände wollen Ursprungs Erlass nicht billigen. Allzuoft ungefragt über Köpfe hinweg zu entscheiden regt selbst den Ärger von der Parlamentarier, unter denen schon öfters einer warnend auf den steten Ausbau der ETH-Verwaltung hinweist. Für den Präsidenten eine patente Möglichkeit, die Verantwortung seiner eigenen Entschiede vermehrt auf seine Beamten abzuschieben.

Längst entscheiden nicht mehr die Polyaner über das Werden ihrer Hochschule, Juristen und Verwaltungsexperten haben das grosse Reden im ETH-Management. Nach gut drei Jahren Verwaltungstätigkeit verliert der ETH-Präsident allmählich den Anschluss an die Wissenschaft. Mit seinen Entschieden erweist er immer mehr Missfallen und Unverständnis. Wichtigen und notwendigen Diskus-

sionen geht er aus dem Wege und versteckt sich hinter dem Verwaltungskram.

Zwischen dem Präsidenten und der Reformkommission ist mittlerweile offener Krieg ausgebrochen. Auch die Abteilungsstellen wollen sich nicht abfinden lassen und drohen mit Aufschlagsbeschwerden. Eine Allianz von unzufriedenen Dozenten, Assistenten und Studenten zeichnet sich am Hochschulhorizont ab. Selbst seinen Parteigenossen in der FDP sind die Machenschaften des ETH-Präsidenten nicht mehr so geheuer. Dass sich Ursprung ausgerechnet als Wählergauer mit dem Zürcher Rechtsfreisinn zusammen und den Titel des Schulpräsidenten für Konrad Giesler zu Markte trug, ist schon ein starkes Stück. Selbst Nationalratspräsident Etter musste sich, als er seinen Titel für das «Redressement National» hergab, eine Rüge seiner Ratskollegen erteilen lassen.

Versucht der ETH-Präsident dem Hochschulnächsten zu entrinnen, indem er einen Ausweg in der Politik sucht?

Georg Hodel

Diplomiert, und schon beginnt der Ärger

Irgendwann im November bringt die Post die frohe Botschaft: Von nun an darf ich meinem Namen das dipl. natw. ETH anhängen. Wahrscheinlich sollte ich darauf stolz sein, schliesslich schliesst mich jeder Schössel an der «zweitbesten technischen Hochschule der Welt» ab. Doch kaum begannen sich solche Gefühle in mir zu regen, da wurden sie schnell überdeckt. Im gleichen Umschlag (pauschalfrankierter Reklimator ETH, notabene) steckte neben administrativen Mitteilungen ein Brief mit Kopf der Eidg. Techn. Hochschule und Gesellschaft ehemaliger Studierender der ETH (GEP). Darin wird mir alles Gute für den täglichen Verkauf meiner Arbeitskraft gewünscht (berufliche Tätigkeiten nennen sie es), und ich werde aufgemuntert, der GEP beizutreten. Nicht etwa nur weil ich so den Kontakt mit meinen Studienkollegen aufrechterhalten könne. Nein, mit dem Hinweis auf den mitunterzeichnenden Rektor der ETH, Zollinger, wird auf das Interesse verwiesen, «das die ETH an ihren Ehemaligen und besonders an der GEP hat». Nicht etwa nur, weil ich so den Kontakt mit meinen Studienkollegen aufrechterhalten könne. Nein, mit dem Hinweis auf den mitunterzeichnenden Rektor der ETH, Zollinger, wird auf das Interesse verwiesen, «das die ETH an ihren Ehemaligen und besonders an der GEP hat». Nicht etwa nur, weil ich so den Kontakt mit meinen Studienkollegen aufrechterhalten könne. Nein, mit dem Hinweis auf den mitunterzeichnenden Rektor der ETH, Zollinger, wird auf das Interesse verwiesen, «das die ETH an ihren Ehemaligen und besonders an der GEP hat». Nicht etwa nur, weil ich so den Kontakt mit meinen Studienkollegen aufrechterhalten könne. Nein, mit dem Hinweis auf den mitunterzeichnenden Rektor der ETH, Zollinger, wird auf das Interesse verwiesen, «das die ETH an ihren Ehemaligen und besonders an der GEP hat».

Man/Frau sehe sich doch mal den Ausschuss oder den Vorstand dieser Gesellschaft an. Es wird auf schnell klarierte Erfahrungen in die Ausbildung an der ETH einfließen sollen und zu deren Zweck. Längst ist auch schon einseitige Berücksichtigung von Industrie- und Unternehmerrinteressen rechtfer-

tig. Man/Frau sehe sich doch mal den Ausschuss oder den Vorstand dieser Gesellschaft an. Es wird auf schnell klarierte Erfahrungen in die Ausbildung an der ETH einfließen sollen und zu deren Zweck. Längst ist auch schon einseitige Berücksichtigung von Industrie- und Unternehmerrinteressen rechtfer-

tig. Man/Frau sehe sich doch mal den Ausschuss oder den Vorstand dieser Gesellschaft an. Es wird auf schnell klarierte Erfahrungen in die Ausbildung an der ETH einfließen sollen und zu deren Zweck. Längst ist auch schon einseitige Berücksichtigung von Industrie- und Unternehmerrinteressen rechtfer-

tig. Man/Frau sehe sich doch mal den Ausschuss oder den Vorstand dieser Gesellschaft an. Es wird auf schnell klarierte Erfahrungen in die Ausbildung an der ETH einfließen sollen und zu deren Zweck. Längst ist auch schon einseitige Berücksichtigung von Industrie- und Unternehmerrinteressen rechtfer-

tig. Man/Frau sehe sich doch mal den Ausschuss oder den Vorstand dieser Gesellschaft an. Es wird auf schnell klarierte Erfahrungen in die Ausbildung an der ETH einfließen sollen und zu deren Zweck. Längst ist auch schon einseitige Berücksichtigung von Industrie- und Unternehmerrinteressen rechtfer-

Weisst Du, dass Dich der Druck von 200 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 820.— kostet?

Als Spezialist auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit!

Auskunft und Beratung:

aku Agentur ZÜRICH

Edith Florin
Bilderweg 26, 8046 Zürich
(Neuauffoltern)
Tel. (01) 57 24 20

Politik und Studentenschaft

In der Fortsetzung des Artikels «Geplagte Studentenschaften» wird die Diskussion um die verfasste Studentenschaft abgebrochen. – Allerdings ohne nennenswerte neue Ideen. Interessant mag die Tatsache sein, dass die Politiker im rechten Bürgerblock zu einer politischen Kehrwendung angetrieben sind.

R. Henauer (FDP) eröffnete den Diskussionsabend mit altbekannten Ausführungen. Die Studentenschaft dürfe sich nicht politisch engagieren. Und wenn schon Politik, dann muss der Pluralismus (FDP: keine einseitige Politik) gewahrt bleiben.

Damit kam die Frage von M. Ruggli (PdA) ob es nach Meinung der FDP etwas

die bürgerlichen Parteien haben ja die Zwangskörperschaft erfunden. Heute sind sie Gegner, obwohl an der Verfassung nichts geändert hat. Sein Vorschlag für eine organisierte Studentenschaft war das Modell der Uni Zürich. Ein Vergleich zwischen dem DC und dem GSR zeige, dass an der Uni eine lebendigere Politik betrieben werde.

Prinzip der Betroffenheit

Neben der PdA sprachen sich auch die SP und die CVP für eine verfasste Studentenschaft aus. H. v. Rechenberg (SP) begründete dies damit, dass man sich dort politisch betätigen soll, wo man betroffen sei. Dazu sind aber Artikulationsmöglichkeiten nötig, welche nur in einer verfassten Studentenschaft garantiert sind (Vergleich mit den Gewerkschaften).

Ihrer Meinung nach soll eine solche Studentenschaft nicht «politisch» sein. Andererseits sei eine Trennung in «studentenpolitisch» und «allgemeinpolitisch» sehr schwierig, weshalb sie mehr Grosszügigkeit fordert. Auch T. Geiges (CVP) betonte, dass zur Durchsetzung studentischer Interessen eine Struktur vorhanden sein muss, schränkte allerdings ein, dass die studentischen Interessen nicht einheitlich seien. Auch die finanzielle Autonomie sei nicht vollständig realisierbar.

Frage falsch gestellt

Für D. Vischer (POCH) war die Frage falsch gestellt. Es geht nicht um die Alternative «Zwangskörperschaft ja oder nein», es geht um «Selbstorganisation ja oder nein». Diese Frage betrifft übrigens nicht nur die Studenten, sondern alle Hochschulangehörigen. Wie er erklärte, wurde bis 1968, d. h. bis die bürgerliche Ideologie in Frage gestellt wurde, diese Frage mit ja beantwortet, auch dann, als sich die Studentenschaft politisch stark betätigte (z. B. 1956).

Warum wird aber heute der demokratisch organisierte Studentenschaft das Recht auf Artikulation, auf Organisation ihrer Dienstleistungen abgesprochen? Grenzen der verfassten Studentenschaft können nur die staatlichen Gesetze sein, d. h., eine spezielle Bevormundung der Studenten ist nicht annehmbar.

Was ist an Schweizer Hochschulen Trumpf?

Mit Gott und Rechten durchs Leben

Wie einer vom Eidgenössischen Statistischen Amt kürzlich herausgegebenen Broschüre zu entnehmen ist, haben rund 11 500 Studenten im akademischen Jahr 1975/1976 ihr Studium an einer schweizerischen Hochschule aufgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine unbedeutende Zunahme um 30 Studienanfänger oder 0,3 Prozent.

Die Zahl der Ausländer unter den neuen Hochschülern betrug rund 3000 und hat damit weiter abgenommen; 1973/1974 zählte man noch 3260 Studienanfänger ausländischer Nationalität. Unverändert blieb dagegen der Anteil der Frauen, die wie im Vorjahr ein Drittel der Neueingeschriebenen stellen. Ein entsprechender Vergleich zeigt, dass – mit oder ohne Berücksichtigung der in der Westschweiz relativ

bar. Vischer möchte sich daher auch nicht auf die Zwangskörperschaft abnennen. In diesem Zusammenhang wies er auf ED Gilgen hin, dem eine Zwangskörperschaft ohne Rechte lieber ist als ein privatrechtlicher Verein mit politischem Mandat. ... M. Reichlin

Das eigentliche Dilemma des VSETH wurde in der ganzen Diskussion nur am Rande vermerkt. Man sprach gegen Ende des Abends von einem Modell der politischen Auseinandersetzung unter den Studenten:

Verschiedene Gruppen, Parteien oder Vereine formieren sich ausserhalb der Studentenschaft mit verschiedenen politischen oder religiösen Zielen. Innerhalb einer verfassten Studentenschaft findet dann die Auseinandersetzung dieser Gruppen statt. (Dies entspricht ziemlich genau dem Modell Uni Zürich.)

Das Dilemma des heutigen VSETH ist nun, dass er sich als eine demokratische Organisation einer Interessengruppe (SOS) künstlich gegenübergestellt sah. Dadurch erhielt er plötzlich die Stelle einer Partei, obwohl die Politik des VSETH das Resultat einer Auseinandersetzung im DC ist. Da die Delegierten in allgemeinen Wahlen bestimmt werden, repräsentiert der DC die Meinungen der Studenten.

Somit ist die Frage nach der Politik des VSETH nicht eine Frage «Politik ja oder nein», sondern eine Frage der Bevormundung der Studenten. Deswegen war auch die Frage aus dem Plenum, wo denn der VSETH in den letzten Jahren unerlaubte «Aussenpolitik» machte, falsch im Hinblick auf eine verfasste Studentenschaft. Wenn mündige Studenten mit ihren Geldern «Aussenpolitik» machen wollen, dann sollen sie sie haben, und die Meinung der Behörden kann ihnen waschen. Die Grenzen setzen sich die Studenten in einer demokratisch organisierten Körperschaft selbst.

Das beste Beispiel dazu lieferte an diesem Abend Henauer (FDP) selbst: Er sei selbst DC-Delegierter gewesen, damals, und habe sich gegen eine bestimmte politische Aktion mit Erfolg eingesetzt.

Ich traue ihm durchaus zu, dass er sich damals etwas überlegte. Er hingegen traut das uns nicht mehr zu und möchte uns bevormunden. Dass er das erst tut, seit er (und die Mächtigen) die Mehrheit in der Studentenschaft verloren haben, ist nur ein Beispiel der Arroganz der Macht.

M. Gaegau

Abgehört und aufgeschrieben

In der Schweiz sterben wegen Arbeitsunfällen im Jahr 2 von 10 000 Fabrikarbeitern, 7 von 10 000 Bauarbeitern und 4 von 10 000 Eisenbahnern. In Holland sehen die entsprechenden Zahlen von tödlichen Arbeitsunfällen so aus: 0,4/10 000 Fabrikarbeiter und nur je ein tödlicher Unfall pro Jahr auf 10 000 Bauarbeiter bzw. Eisenbahnern. Übrigens: Holland hat die 40-Stunden-Woche eingeführt.

«Wenn Sie schlecht schlafen, Ihre Nerven durch die Sorgen des Alltags belastet sind, Sie vom Stress des modernen Alltags belastet sind, dann nehmen Sie «Pflugschub» und einen ruhigen Schlaf ist die Folge. Prompte Wirkung garantiert.» So sagen es die Schlaf- und Beruhigungsmittelhersteller. «Für Sie ist Ihr Apotheker stets zur Verfügung im Dienste Ihrer Gesundheit» – so steht es auf den Einkaufstaschen der Apotheken.

Unter dem Druck der alltäglichen Sorgen und dem Stress seiner Arbeit, anmüdet von solcher Weisung, hat ein Bekannter an einem Sonntagmorgen be-

Telefonzettel
01/39 11 12
kurz und kritisch

schlossen, er wolle sich dieser stressigen «modernen» Welt entziehen; er ging ans Telefon und bestellte sich zwei Packungen eines rezeptfreien Schlafmittels. Diese Monatsration ist prompt mit einem Taxi ins Haus geliefert worden. Der Lebensmüde hat die 20 Tabletten konsumiert und ist sanft eingeschlafen. Die Dosis hat dann nicht ganz gereicht, und er ist etwas später mit einem Kater im Spital erwacht.

Wieviele Selbstmorde braucht es wohl noch, bis auch bei uns in der Schweiz Werbung für solche Arzneimittel verboten ist und man sie nur noch gegen Rezept bekommt? Des Profits wegen geht unsere Gesellschaft bzw. die Pharmaindustrie wohl noch über manche Tablettenleiche. Darum, liebe Verkäuferinnen in den Apotheken, gebt doch wenigstens nur eine Packung ohne Rezept heraus, und zwar die kleinste!

An einer Ausrüstungsinspektion hat der Kreiskommandant von Zürich, Oberstleutnant Ursprung, beim Abtreten die Wehrpflichtigen darauf aufmerksam gemacht, dass sie auf ihre Ausrüstung und ihre persönlichen Waffen aufpassen sollen. Die Gliederung der Neuzugänge nach sogenannten Friedensbewegungen systematisch Waffen eingesammelt wurden.

Die «Telefonzettel» fragte nach, um welche Friedensbewegungen es sich da handeln könne. Herr Ursprung war aber nicht bereit, weitere Erläuterungen abzugeben. Das wegen der Waffen sei auf Anweisung des EMD gesagt worden, die Friedensbewegung sei ein Zusatz von ihm.

Aus unserem Wirtschaftslexikon: Zerrüttete intellektuelle Gegenwart ist laut

«NZZ», wenn man immer noch nicht begriffen hat, dass das Allende-Regime einen volkswirtschaftlichen Trümmersack auf sich selbst verstanden hat. «Allendes Politik hinterliess somit eine Erbschaft, die Jahre auf dem chilenischen Volk lasten wird.» Anscheinend kann man sich auf der hinteren Wirtschaftsseite wieder braune Stiefel leisten.

17 000 Arbeitslose. Kurzarbeit – tragische Folge der Wirtschaftskrise. Die «Schweizerische Arbeitsvermittlung» meint hierzu, die Arbeitsdisziplin sei am Schwinden, deshalb habe sich die Personalchefkonferenz darum bemüht, dass die Vorgesetzten vermehrt mit den Ärzten in Kontakt treten, um über fehlende Arbeiter Auskünfte einzuholen. Man müsse die Jahressgratifikation jener kürzen, die meinen, sie müssen krank sein, und für die Ausfalltage weniger Lohn zahlen.

Nach dem Nestlé-Prozess werden sich die Gerichte schon wieder mit den Verkaufspraktiken eines Baby Milchproduzenten in der dritten Welt befassen müssen. Die Anklageschrift richtet sich diesmal gegen den amerikanischen Multi Bristol Myers. Dieser Konzern soll angeblich unter anderem Pulvermilch an Orte verkauft haben, wo es nachweislich kein Trinkwasser gibt.

Bei der Migros werden die interne Lautsprecheranlage (ja, die, welche Sie beim Einkauf befragt und auf penetrante Art mit Superaktionen berieselt) und die elektronische Diebstahlüberwachung neuestens auch für die Personalführung eingesetzt. Tönte es vor einiger Zeit doch etwa so von oben, wo die Lautsprecher hängen, herab: «So, so, Frau Müller und Frau Nägeli, hämmert Kraftfranz bald durch?» Worauf sich die beiden angesprochenen Verkäuferinnen blitzartig wieder ans Gestell einfüllen machten. Das ist Migros-Partizipation in der Praxis...



1974 starben in der Schweiz 396 Fussgänger, 5254 wurden verletzt; 35 wurden allein in der Stadt Zürich getötet. 1976 waren es (bis November) über 40 Fussgänger, welche in der grössten Schweizer Stadt ihr Leben verloren.

Im neuen Jahr der alte Salat

Geschichten aus dem Hönningerberg – zürcher student Nr. 7/1976

Seit Sonntag, den 24. Oktober, bin ich nun in Zürich, seit Dienstag, den 26. Oktober, speise ich häufig in der neuen Mensa in der Polyterrasse. Woran ich mich nicht gewöhnen kann, das ist die Tatsache, dass es Tag für Tag den gleichen Salat gibt. Besitzt die Mensaleitung eine Endivien-Monokultur, oder hat sie mit einer derartigen Gesellschaft Verträge abgeschlossen?

Oder handelt es sich gar um einen Test, wie lange man den Magen eines Studien-



ten mit einförmigen Beilagen belasten darf? Menü 2 besteht ohnehin vorwiegend aus Ballaststoffen: Reis, Nudeln, Kartoffeln, Reis, Nudeln, Kartoffeln, Fisch, Reis. Es trägt m. E. keineswegs den Anforderungen moderner Ernährung Rechnung.

Vorschlag: Die Mensaleitung installiert Beschwerdebüchlein (gross genug, um die zu erwartende Vielzahl an Beschwerden zu fassen). Mir jedenfalls reicht nach 80 Tagen das rot-grüne Salatgemisch völlig, und ich harre sehnsüchtig der Tage, an denen dieser Salat ausbleibt. Von Gurken, gelben Rüben, Sellerie und anderen Salaten träumend

Ihr R. Brunner, Zürich

Wer gibt Ihnen kostenlos bibliographische Auskünfte und sucht Ihnen Titel heraus?

Natürlich Ihr
Buchhändler

MAGI'S JEANS SHOP



Jeans à gogo... aus Eigenfabrikation und diverse bekannte Marken

Auswahl an Rund- und Tweedhosen in vielen modischen Farben. Unisex, Pullis, Jacken, Hemden und Accessoires.

10% Rabatt für Studenten
Weinbergstrasse 15
8001 Zürich, Telefon 01 34 94 43

Studentenpreise! Wissen Sie, dass wir Spezialisten sind für

DISSERTATIONS-DRUCK

(auch SEMESTERARBEITEN, SKRIPTEN, BROSCHÜREN UND BÜCHER)

und deshalb besonders vorzuziehend, qualitativ hochstehend und schnell arbeiten. Wir erledigen auch zuverlässig alle administrativen Umtriebe gratis für Sie. Für Schreibarbeiten haben wir gute Empfehlungen.

Eine Anfrage lohnt sich auf jeden Fall. Wir stehen Ihnen für alle Auskünfte mit fachmännischer Beratung zur Seite.

DRUCKEREI SCHNEIDER, Asylstrasse 144, 8032 Zürich, Tel. (01) 53 69 33

BÜCHER-BAZAR

Vergessen Sie nicht...

immer wieder einen Blick in den Bücher-Bazar zu werfen. Sie finden Bücher aus Restauflagen und Sonderdrucke zu enorm günstigen Preisen. So zum Beispiel:

- Lipperheide, Spruchwörterbuch. Sonderausgabe des achten, unveränderten Nachdrucks der 1907 ersh. Originalausgabe. Statt Fr. 66.—/Fr. 33.60
- Rostovtzeff, Geschichte der Alten Welt. Der Orient und Griechenland. Geb. Nur noch Fr. 14.80
- Kranz, Die griechische Philosophie. Zugleich eine Einf. i. d. Philosophie. Nur noch Fr. 9.80
- Scheidt, Der unbekannte Freud. Neue Interpretationen seiner Träume. Statt Fr. 33.60/Fr. 14.70
- Arnason, Geschichte der Modernen Kunst. Malerei – Skulptur – Architektur. Grossformat mit zahlreichen, z. gr. T. farbigen Abb. Statt Fr. 165.—/Fr. 95.—
- Roiter, Algarve. Bildband mit wunderschönen, eigenwilligen Photos. Statt Fr. 36.—/Fr. 17.80
- Grosse Auswahl an günstigen Klassiker-Ausgaben.

Verlangen Sie unsere Kataloge. Im Laden, am Telefon, oder schriftlich.

Bücher-Bazar, Mühlegasse 13 (Nähe Zentralbibliothek) 8025 Zürich, Tel. 34 08 84

Volksinitiative der AGU: Schritt von der Erkenntnis zur Tat

«Demokratie im Strassenbau»

Die «Arbeitsgemeinschaft Umwelt» beider Hochschulen (AGU) hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1970 ganz konkrete Ziele gesteckt. Eines davon ist: die an den Hochschulen gewonnenen ökologischen Erkenntnisse in die breitere Öffentlichkeit zu tragen. Das heisst, aufklärend und emanzipatorisch zu wirken. Die Mittel dazu sind verschiedene: Veröffentlichungen, Seminare, Ausstellungen und «das Ergreifen der politischen Rechte», wie Petition und Initiative. Hier handelt es sich um das Problem Strassenbau.

Man erinnert sich an die stark wachstumsorientierte Planungsphase Ende der sechziger Jahre. Das ORL-Institut an der ETH publizierte gigantische Verkehrsprognosen für den privaten Autoverkehr, ohne ökologischen und städtebaulichen Konsequenzen aufzuzeigen. Die Folgen waren politischer Natur: Die grosse Zeit der amtlichen Strassenplaner war angebrochen. Im

AGU mit der machtlosen Opposition aus der betroffenen Bevölkerung und nach seriösen juristischen und staatsrechtlichen Abklärungen im Winter 1973 die Initiative «Demokratie im Strassenbau» lanciert. Damit sollte erreicht werden, dass die gewaltigen Ausgaben für den Strassenbau wieder durch das Finanzreferendum vom Stimmbürger kontrolliert werden können. Nur so kann die Regierung zu einem massvollen Strassenbau gezwungen werden.

Die Übersicht zeigt den heutigen Zustand im Vergleich mit der angestrebten Lösung:

Heutiger Zustand: Nach Initiative:

Regierungsrat
beschliesst allein über Bau von Staatsstrassen 1. Klasse

Kantonsrat
nimmt jährlich Kenntnis vom Strassenbauprogramm des Regierungsrats; genehmigt jährlich das Bauprogramm der Hochleistungsstrassen (HLS), kann aber keine Änderungen des Programms oder der Strassenprojekte vorsehen, ausser er verweigert die Genehmigung.

Regierungsrat
stellt Kreditantrag für Strassenprojekte an den Kantonsrat.

Kantonsrat
beschliesst aufgrund des Regierungsrätslichen Kreditantrags über Bau von Staatsstrassen 1. Klasse; leitet Kreditvorlagen von mehr als 20 Millionen Franken automatisch zur Volksabstimmung weiter.

Stimmbürger
hat keine rechtlichen oder gesetzlichen Möglichkeiten, auf den Staatsstrassenbau Einfluss zu nehmen, ausser mit Protesten, Resolutionen oder Petitionen.

Stimmbürger
stimmt über die Kreditvorlagen des Regierungsrats von mehr als 20 Millionen Franken ab; kann gegen Kreditvorlagen zwischen 2 und 20 Millionen Franken das Referendum ergreifen (\$500.- Unterschriften) und so eine Volksabstimmung herbeiführen.

Wo mitbestimmen?

Erstens: bei den sogenannten **Hochleistungsstrassen** (kantonale Autobahnen). Für die Jahre 1977-79 stehen die folgenden Abschnitte auf dem Programm der Regierung:

Strasse	Länge in km	Kosten
2 Betzhof-Oberster	7,5	90 Mio.
3 Oberster-Hegnau	6,5	138 Mio.
4 Brunn-Baslerdorf	4,5	90 Mio.
7 Büsch Nord-Kreuzstrasse	2,5	32 Mio.
8 Umfahrung Eglisau	3,5	32 Mio.
11 Winterthur-Embrach	7,0	120 Mio.
12 Embrach-Kreuzstrasse (Dättelbergertunnel)	4,5	145 Mio.
14 Glattfelden-Weinach	3,5	40 Mio.
Total	39,5 km	687 Mio.

Nach einer Annahme der Initiative ist es der Zürcher Regierung freigestellt, ob sie die vorerwähnten Teilstücke einzeln dem Volk vorlegen will oder ob sie – wie es sinnvoll wäre – zusammenhängende Abschnitte gleichzeitig bewilligen lassen will, beispielsweise Betzhof-Hegnau, 228 Millionen Franken für 14 Kilometer vierspurige, richtungsgrenzte Autobahn und sechs Vollan-schlüsse.

Zweitens: bei den Staatsstrassen 1. Klasse. Auch hier sind massive, meist vierspurige Ausbaupläne vorhanden: Zubringer zu National- und Hochleistungsstrassen, Umfahrungsstrassen von

Dürfern (die oft schon vierspurig durch-fahren werden). Als Beispiele allein in der Region Glattal:

- Ringstrasse um Dübendorf
- Ringstrasse um Hegnau
- Westtangente in Uster
- Osttangente in Uster
- Westtangente in Wetzikon
- Osttangente in Wetzikon

(alle nebst der Oberlandautobahn und den schon massiv verbreiterten Orts-durchfahrungen).

Diese Bauten ziehen ihrerseits wieder Anpassungen des übrigen Strassennetzes nach sich usw. usf. NB, Das Leben spielt sich dazwischen ab!

Befiehlt, wer zahlt?

Dass wir auch die Strassen, die wir nicht (auch nicht geschenkt) haben wollen, aus allgemeinen Steuergeldern noch mitfinanzieren müssen, ohne dazu gefragt zu werden, widerspricht dem, was der Schweizer unter Demokratie versteht.

Im Jahr 1975 hat der Kanton 387,4 Mio. Fr. für Strassen ausgegeben. Davon waren 104 Mio. Fr. aus allgemeinen Steuergeldern. Dem öffentlichen Verkehr sind dafür in derselben Zeit ganze 10,9 Mio. Fr. zugeflossen. Dieses Miss-verhältnis lässt sich jedenfalls mit dem Stimmzettel konkreter korrigieren als mit Grundsatzklärungen.

Noch sind 700 Mio. Fr. allein für die Hochleistungsstrassen nicht verbaut. 1,1 Mrd. Fr. sollte das Gesamtwerk kosten. Wollen wir das wirklich?

Die Initiative hat – wie man sieht – auch heute noch, nach vierjährigem Instanzenweg, ihre Wichtigkeit. Die AGU bereitet nun mit einem erweiterten Aktionskomitee die Abstimmung vom 13. März vor.

Arbeitsgemeinschaft Umwelt beider Hochschulen

Die Entlassung von D. G. als Lehrer

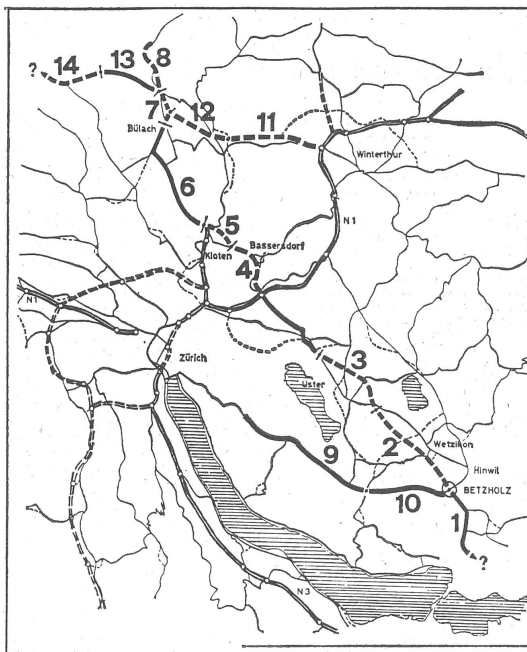
Zeit zum Handeln ...

Nun ist es also soweit! Der im Zusammenhang mit der Entwertung der Cincera-Dossiers verhaftete Sekundarlehrer und Präsident des Demokratischen Manifests, Diether Grünfelder, wurde von der Embracher Schulbehörde per Ende Schuljahr entlassen. Eine Begründung für die Entlassung fehlt, das ist auch weiter nicht ersichtlich, denn von fachlicher Seite gilt D. G. als untadeliger Erzieher mit ausgezeichneten Zeugnissen. Es ist damit völlig klar, dass der Entscheid der Embracher Behörde politisch motiviert ist.

Die Eltern seiner Schüler haben sich spontan hinter Grünfelder gestellt, und die Lehrerkollegen haben sich mit grosser Mehrheit solidarisiert. Trotzdem blieb die Oberstufenpflege bei ihrem Entscheid. Dies wiegt um so schwerer, als dieser Entscheid entgegen den elementarsten Grundsätzen des Rechtsstaats getroffen wurde, auf welchen sich alle unsere Behörden bei jeder Gelegenheit berufen. Grünfelder wurde von den Schulbehörden entlassen, noch bevor die Zuständigen ihn angeklagt, geschweige denn gerichtlich verurteilt haben.

Hier soll also offensichtlich die «andere» politische Gesinnung bestraft werden. Die Frage stellt einmal mehr im Raum, wie es um das vielzitierte Schweizer Demokratieverständnis bestellt ist, wenn sich die öffentliche Meinung die Nase an den geschlossenen Türen der Behörden wund scheuert. Politik wird hier zum administrativen Willkürakt und eine Amtshandlung zum politischen Selbstzweck «interessierter Kreise».

In einem schiefen Licht steht einmal mehr die Schulpolitik, in der die berufliche Qualifikation wenig, eine abweichende politische Gesinnung jedoch alles zu zählen scheint. Wer sich nicht an die heute herrschende Meinung anpasst, gilt als subversiv und demokratie-feindlich und kann deshalb nicht im



Die Autobahnen im Kanton Zürich
(Die Zahlen beziehen sich auf die Tabelle in der 2. Spalte)

—	Hochleistungsstrassen	in Betrieb oder im Bau
- - -	in Planung	
—	Wichtigste Staatsstrassen	in Betrieb
- - -	geplant	
—	Nationalstrassen	in Betrieb oder im Bau
- - -	geplant	

Für die Nächsten, die sich für D.G. wehren wollen, bleibt also nur noch die innere Emigration offen, um einer Bestrafung zu entgehen. Die Konsequenz davon ist die Selbstzensurierung der eigenen Gesinnung, die totale Anpassung. Diese Entwicklung darf niemanden kalt lassen, es gilt jetzt endlich eine klare Antwort zu geben.

Von den politischen Parteien darf man kaum etwas erwarten, ihre Programme strotzen zwar vor staatsbürgerlicher Zivilcourage, in der Tat aber haben sie die Anpassung schon vollzogen.

Wie steht es denn mit den Schulen, insbesondere mit den Hochschulen, welche die Ausbildung der Lehrer garantieren? An der Uni und an der ETH Zürich wird zur Zeit von der Arbeitsgruppe Politische Anstellungsverweigerung eine Unterschriftensammlung bei Dozenten für eine Wiedereinstellung Grünfelders durchgeführt. Wir werden sehen, wie weit die Selbstzensur und die Anpassung im Glashaus Schule schon fortgeschritten sind!

Philipp Leutenegger
Lydia Früh

Resolution zur Ablehnung des Sekundarlehrers Diether Grünfelder

Die Evangelische Hochschulgemeinde hat im Frühjahr 1976 die Arbeitsgruppe Politische Anstellungsverweigerung in ihr Programm aufgenommen. Die AGPA befasst sich mit Fällen von Anstellungsverweigerungen im Hochschulbereich. Sie ist betroffen, dass der Sekundarlehrer Diether Grünfelder von der Oberstufenpflege Embrach nicht mehr für ein weiteres Jahr bei der Erziehungsdirektion als Verweser angefordert wurde.

Diese Nichtverweigerung der Verweserstelle bedeutet für den Betroffenen einen Abbruch seiner Ausbildung zum Sekundarlehrer, da er erst in einem Jahr das Wahl-fähigkeitszeugnis erhalten kann. Dass eine Begründung für diesen Entscheid verweigert wird, bleibt unverständlich, da bekannt ist, dass Diether Grünfelder ein untadeliger Erzieher ist und die Eltern seiner Schüler sich geschlossen hinter ihn stellen.

Diether Grünfelder als Präsident des Demokratischen Manifests soll offenbar dafür bestraft werden, dass er sich für Lehrer wie Jost und Steiner engagiert hat und damit für die Aufrechterhaltung der Lehrfreiheit auch für politisch Andersdenkende einsetzt.

Die Unterzeichneten sind der Auffassung, dass dieser Entscheid eine politische Strafaktion darstellt, die dem Grundsatz des Rechtsstaats ins Gesicht schlägt: Diether Grünfelder steht im Zusammenhang mit der Affäre Cincera noch nicht einmal unter Anklage, und niemand soll vor seiner Verurteilung als schuldig betrachtet werden.

Die Unterzeichneten fordern, dass Diether Grünfelder in Embrach weiterhin als Erzieher arbeiten kann.

Arbeitsgruppe Politische Anstellungsverweigerung

«Gegen die Atomkraftwerke – wie weiter?»

• Auch die Befürworter der Kern-energie müssen zugeben, dass die zentralen Probleme der Kernenergie, die Wiederaufbereitung und die Abfall-lagerung, bis heute völlig ungelöst sind. Dass es sich dabei um einen ungedeckten Scheck handelt, der mit enormen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Zerstörungen und Kosten eingelöst werden müsste, wurde bis vor wenigen Monaten dadurch bagatelisiert, dass wir Schweizer unsern Atom-müll nach England, dem europäischen Atom-müllhaufen, abschieben können. Diese Abnahmeverträge mit England sind aber zeitlich begrenzt und scheinen nicht erneuerbar. Die Sonderbohrungen der NAGRA in Airolo und im Wabriggebiet unterstreichen die Tatsache, dass die Schweiz mittelfristig auf ihrem Atom-müll selber sitzenbleiben

wird. Allen Beschwichtigungsversuchen zum Trotz, man suche nur Lager-stätten für leichtradioaktives Material, ist die Bevölkerung der betroffenen Gebiete alarmiert.

• Die Verhandlungen der GAK-Delegation mit Ritschard scheinen im Sand zu verlaufen, mit welchem Ergebnis? Mit welchen Konsequenzen? Aus dem Bundeshaus verlautet, dass in Kaiser-augst vor der Behandlung der Atom-gesetzrevision nicht gebaut werden dürfte – die Motor-Columbus will nichts von solch einem Baustopp wissen. Wie geht es weiter in Kaiser-augst?

• In Brokdorf hat eine Schlacht von bisher nicht bekanntem Ausmass stattgefunden. Was war wirklich los? Was sind die wichtigsten Lehren aus diesem Ereignis?

Probleme der Abfallagerung in der Schweiz – Was geschah in Brokdorf? – Wie geht es weiter in Kaiser-augst?

Informationsveranstaltung mit Film/Diashow/Kurzreferaten/Happening/Gruppendiskussionen

Samstag, 12. Februar, 17 bis 22 Uhr, Volkshaus, Weisses Saal

Abonniere den

zürcher student

Studium beendet? Längeres Praktikum? Nicht regelmä-sig an der Hochschule? Oder sonstwie interessiert?

das konzept
die kritische Alternativzeitung

Für 22 Franken im Jahr kann man den «zs» samt «das konzept» abbon-nieren, («das konzept» allein siehe Talon dorf.)

Nebst dem Geschehen an den beiden Zürcher Hochschulen befasst sich der «zürcher student» auch mit aktuellen lokalpolitischen Themen (da ja auch Studenten nicht losgelöst von städtischen Kontext leben) – alterna-tive Informationen, die in den Tageszeitungen vielleicht zu kurz kommen.

Abonnemente laufen jeweils bis Februar. Die nächsten 9 Nummern bis Februar 78 (12 x «das konzept») kosten Fr. 22.– (Ausland Fr. 28.–).

Name _____
Adresse _____
PLZ, Ort _____
abonniert «zürcher student/das konzept» bis Februar 78 _____
Beruf _____ Datum _____
Einsenden an «zürcher student», Rämistr. 66, 8001 Zürich 54/9
Schicken Sie bitte Gratis-Probennummern an folgende(n) Bekannte(n): _____

Gregor-Ausstellung im Uni-Hauptgebäude

Wenn der Bildner schreibt

Im Lichthof und in den Gängen der Uni hängen und stehen Bilder und Steine aus der Hand Gregors. Immer wieder kehren darauf Zeichenreihen wieder, die an Geschriebenes erinnern. Dies ist ein Versuch, sie zu lesen.

Eine des brit künftigen Journalisten Gregor einmal, vor einem seiner Tuschbilder stehend, auf einem Zettel stämmliche Fehler notiert, die er gegenüber dem Hebräischen gemacht habe. Er soll sich darüber geärgert haben ... Trotz allem Ärger muss man offenbar diese Zeichen vornehmlich so vornehmen: Während einige Zeichengruppen in ihrem Umriss weitere grosse Zeichen bilden, stehen andere wie Wörter in durch Satzzeichen abgetrennten Satzteilen, in einer von links nach rechts geschriebenen Schrift. Wer nun ein verkehrtes Beth, Ain oder ein Heth wiederzuerkennen glaubt, sieht bald, dass er kein Hebräisch liest; auch Anklänge an Runen oder entfernter an Mykenisch oder Keilschrift bleiben vereinzelt. — Der Lesereffekt, wie wir ihn vor jeder Zeitung haben, muss eintreten, aber er taugt nichts.

Gregor schreibt eine Schrift, die nicht mit Wörterbuch und Grammatik zu lesen noch zu lernen ist. Hingegen finden sich die heute oft nur noch zur Platzanweisung rund um den «kleinen Unterschied» verwendeten — Symbole der Planeten Venus und Mars. Ein Symbol ist mit dem Symbolisierten «zusammengeworfen», wie sein Name sagt. Vielleicht geht es also darum, die Sache zu greifen, mit der Zeichen je zusammengevoeren sind. Gregor gibt zwar darüber keine Auskunft, doch verrät eines seiner Stücke etwas: «Hornstüll», ein Steinthron mit Hörnern auf der Lehne. Dies sei der Name einer Stockholmer U-Bahn-Station und heisse altschwedisch «Insel», sagt Gregor. Nach dem Wörterbuch erklärt sich der Name wohl als «Horns-tüll» («Hörnort», Zoll auf der Landzunge o.ä.), bei Gregor wird daraus der «Horn-stüll», ein gehörter Stuhl. Auf seiner Kleinflehen finden sich wieder Zeichen, in Stein aufgehoben.

«Zeugen des kollektiven Unbewussten» nennt Gregor seine Symbole. Also irrt wohl, wer hier kabbalistische oder alchimistische Formeln sucht, um in ihnen analogisch den Kosmos zu begreifen oder zu beeinflussen. Wir lesen das menschliche Unbewusste. Das Unbewusste, das sich in diesen Zeichen formt



und zugleich entzieht; formt zu lesbaren Symbolen, entzieht, weil eben lesbar, wiederholbar bewusst zu Verfügung. Wenn Gregor sich weigert anzugeben, was seine Symbole bedeuten, weigert er sich, auch das «Zusammenwerfen» von Symbol und Symbolisiertem verfügbar zu machen. Es muss in jedem Betrachteter neu geschehen, mit seinem Unbewussten; zugleich wird dieses von Gregors Zeichen geformt. — Wenn und wann sich dieser Prozess mit einem kollektiven Unbewussten abspielt, ist eine allgemeingültige Lesart der Zeichen möglich.

Studententheater

Erfahrungen mit «Hochwasser»

Premiere von Günther Grass «Hochwasser» am 15. Februar 1977, um 20.15 Uhr im Studententheater: Keller 62

«Warum spielt ihr gerade ein Stück von Günther Grass?» wurde ich in einer Diskussion gefragt. Ich versuchte zu antworten und hoffte, meine Enttäuschung verbergen zu können. Enttäuschung worüber?

Der Fragende benutzte die zweite Person Plural: «ihr», «warum spielt ihr gerade einen «Grass»? Dieses «ihr» fällt

nämlich ins Leere, wenn man weiss, dass nur ein «du» gebraucht werden darf. Ich also, ich habe mich für Günter Grass' «Hochwasser» entschieden. Ich allein, weil die Studentenschaft, eine Gemeinschaft, die in ihrem Theater jeglicher Versuch möglich wäre, zu bequem ist, zu versuchen.

Ich benötigte für das Stück neun Akteure. Diese aber haben sich erst gefunden, nachdem ich 47 (!) mögliche Interessenten angetippt hatte; davon ist der grösste Teil von vornherein abgesprungen.

Eine Studentin sagte mir: «Wenn du wieder einmal etwas inszenierst, etwas Klassisches, dann ruf mich an.» Eine andere: «Weisst du, Günter Grass ... mh ... ich bin sehr konservativ erzogen worden.» Usw., usw. Angst vor dem Enfant terrible der deutschen Literatur?

Meine Vorstellung von einer gemeinsam erarbeiteten Aufführung schwand mit der Zeit, die uns nur allzusehnell dem Premierentag näherbrachte. Um die Seriosität der Arbeit nicht zu gefährden, musste ich allein das Zepter ergreifen.

Zurück zu meiner Buchhaltung: 39 junge Leute haben das gemeinsame Experiment nicht gewagt, 83% also. Ein aufschlussreicher Lehrgang gerade in Beziehung zu diesem Stück, weil sich mit der Stagnation der heutigen Gesellschaft beschäftigt.

Es ist die Rede von Gesellschaftsgruppen, die innerhalb einer Familie aufeinanderstossen. Ein Teil der jüngeren Generation — das Mädchen Jutta vor allem — sucht im Gegensatz zur Eltern den Weg in die Freiheit, möchte das wirkliche Leben kennenlernen. Doch was tut Jutta? Sie verstrickt sich in eine Scheinwelt, bastelt sich mit Hilfe ihres Bruders und dessen Freund (beide sind dramaturgisch als Halbfiktionen empfunden) ein neues Weltbild, das sie ans Ziel ihrer Wünsche bringen soll. Ihr Verhalten führt sie aber trotz allen Ausbruchsversuchen nicht über die kleinbürgerliche Grenze hinaus. Ihre (vermeintliche) Aktivität ist nur eine ungebändigte Kraft, die sie unbewusst und nach Belieben verputzt; zurück bleibt ein hässlicher Mensch in Passivität, wie sie unserer Gesellschaft gerade heute eigen ist. Eine zeitgenössische Parallele, die mir im Alltag schon oft begegnet ist!

«Hochwasser» ist in seiner Art absurdes Theater, das, das, das möchte ich sagen, absurden Scheuklappen unserer Lebensformen entlarvt. (Eine Stellungnahme zum Stück hat Günter Grass persönlich, die ich angefordert habe, leider noch nicht vor. Nachmal: ich betrachte diese Arbeit als Versuch, unkonventionelles und nicht beachtetes Theater in Studentenkreise — sprich: Experimentierkreise — zu tragen.

Elmar Brunner

Vortrag im HS 208

Anne Cunéo

«Der Künstler in der Gesellschaft, illustriert an Beispielen der Malerei» ist das Thema, worüber die Lausanner Schriftstellerin Anne Cunéo am Do. 10. 2. (Uni HS 208) sprechen wird.

Anne Cunéo? In der deutschen Schweiz ist sie vielleicht am ehesten bekannt als Feministin, obwohl sie dieser Klassifizierung nicht unbedingt zustimmt. Sicher, sie bemüht sich um die Emanzipation der Frau in einer traditionellen Männergesellschaft, wobei Emanzipation gleich Selbstverwirklichung ist. Doch heisst das noch lange nicht, dass sie ausschliesslich Feministin ist bzw. als ebensolche gelten will.

Sie vertritt in der Westschweizer Literatur vielleicht nicht eine besonders ausgeprägte Tendenz, diese jedoch vertritt sie mit Konsequenz ihr Ziel: kritische Aufklärung. Ob ihr in ihren Werken die Synthese von so verschiedenen Elementen wie Weltschmerz und «aufgeklärte Ideologie», Psychologie und Gesellschaftskritik, Lyzismus und Dozieren, Phantastik und Abstraktion immer gelungen ist, bleibt dahingestellt. Aber jedenfalls sind ihre Aussagen von Bedeutung, und der Begriff des Engagements gewinnt bei ihr wieder seine volle Glaubwürdigkeit.

dr

Schweizer Plattenmarkt

The Container

Auf der eher dürtigen Schweizer Jazz-Szene ist «Containers» zweifellos eine der wichtigsten und interessantesten Formationen. Mit Bruno Spoerri (reeds/syn), Nick Bertschinger (el p/syn), Thomas Moockel (g), Hans Foletti (b) und Mick Murphy (dr) haben sich fünf Musiker zusammengefunden, die zwar schon seit Jahren in der Schweiz tätig sind, sich aber trotzdem mit unverbraucher Begeisterung um ihre musikalische Weiterentwicklung bemühen. Ein erstes Ergebnis ihrer Zusammenarbeit ist nun auf der Platte «Containers» greifbar.

Stilistisch lässt sich «Containers» kaum in eine der gängigen Kategorien einordnen, am ehesten lässt sich das Musikvielleicht mit «Electric Jazz» etikettieren. Das Programm ihrer ersten Platte, es umfasst zehn Titel, komponiert von Bruno Spoerri, Thomas Moockel und Reto Anselmi, zeugt von einer bemerkenswerten Vielseitigkeit der Musik. Durch ihr wohlbedachtes Zusammenspiel erhalten die Titel eine faszinierende Plastizität, die auch auf der Platte durch die sorgfältige Einspielung voll zur Geltung kommt. Aber das ist gleichzeitig auch der einzige Wunde

Veranstaltungen

Musik am Mäntig

Love Power mit Papa Oyeah Makenzie 14. Februar, 20.30 Uhr, Untere Mensa Uni, Eintritt 4 Fr. mit / 6 Fr. ohne Legi.

Archie Shepp-Quintett 21. Februar, 20.30 Uhr, Untere Mensa Uni, Eintritt 7 Fr. mit / 9 Fr. ohne Legi.

Derrol Adams 28. Februar, 20.30 Uhr, Untere Mensa Uni, Eintritt 4 Fr. mit / 6 Fr. ohne Legi, in Zusammenarbeit mit dem Folk Club ZH.

Aulakonzert des Studentenorchesters

Leitung: Dr. Raymond Meylan; Solistin: Margaret Kitchin, Klavier
Mittwoch, 23. Februar, 20.15 Uhr
Aula der Universität

Punkt der Platte. Die Perfektion vernebelt die Titel zu scheinbar unveränderlichen, böse gesagt: dezent unterhaltend. Was sich aber hinter dieser allzugut gemeinten Verpackung verbirgt, sollte sich eigentlich jeder Jazz-Fan selber erschliessen ...

The Container Image U-78-004

Lise Schlatt

«Lise Schlatt» — das ist Rock, produziert vom Trio Eugster. Trotzdem oder gerade deshalb ist die vorliegende Platte durchaus geniessbar, wenn man nicht zu hohe Ansprüche stellt: Die einzelnen Nummern sind solide gebaut, die Texte nicht zu anspruchsvoll; beides nach einem einfachen Schema zusammengesetzt, wobei allerdings die etwas willkürlich zusammengestellten Teile wieder auseinanderzufallen drohen. Für Improvisationen lassen die programmässig durchkonstruierten Kompositionen keinen Raum. So verlagert sich das Interesse schnell auf die Texte. Mit Ausnahme der beiden allzu banalen englischen Titel sind in die Dialekt verfassten Liedchen zwar nicht überzeugend (da reimt sich «Not» auf «Werbespot»), aber doch recht anregend, solange sich nicht in moralisierenden Aufwärtstendenzen verfangen. Trotz allem zeigt «Lise Schlatt» eine Menge von Ansätzen, wie lebendiger, unterhaltender, guter Dialekt-Rock aussehen könnte.

goe

Lise Schlatt-ch-record CHL 4305

Musik am Mäntig

Derrol Adams — «The Legendary»

28. Februar,
Untere Mensa, 20.30 h
Eintritt 4/6 Fr.

Derrol Adams zählt schon zu seinen Lebzeiten zu den grossen Persönlichkeiten unter den angelsächsischen Folkängern. «The Legendary» nennen ihn seine Kollegen und Schüler, weil er ein meisterhafter Banjospieler ist und sein Leben so abenteuerlich verlief, dass die Begebenheiten und Erfahrungen, von denen er berichtet, oft unglaublich klingen. Er zog den grössten Teil seines Lebens umher, nahm früher fast jeden Job an, den er angeboten bekam, etwa Lastwagenfahrer, Holzfäller, Radiosender und zwischendurch auch mal Prediger. Derrols entspannte, tiefe Stimme, seine Ausgeglichenheit und Heiterkeit, die einfachen alten Volkslieder und die sanften Eigenkompositionen, die er zum einzigen Klang seines Lebens aus dem Jahr 1905 stammenden Banjos vorträgt — dies alles macht einen Teil seines sympathischen Wesens aus. Er spielt einen weitgehend persönlichen Stil, der aber vom «old time mountain style» beeinflusst ist.

Derrol Adams ist Verfasser der populären Contempo Songs «Portland Town», «The Valley» und «The Rocks». Er spielt im Bob-Dylan-Film «Don't Look Back» und übte grossen Einfluss auf die britische Folk-Szene zwischen

1962 und 1966 aus. Seine LP «Portland Town» war in England «Folk Record of the Year 1966». In der folgenden Zeit war Derrol Adams gesundheitlich nicht gerade gut dran, eine Zeitlang musste er sogar um sein Gehör bangen. Doch jetzt ist er wieder da — und am 28. in der unteren Mensa.

Archie Shepp

Montag, 21. Februar, 20.30 Uhr,
Untere Mensa

Eigenlob ist so eine Sache, aber einmal ganz ehrlich: es freut uns schaurig, dass es «Musik am Mäntig» gelungen ist, den grossen Archie Shepp zum ersten Mal nach Zürich zu holen. Mit Archie Shepp kommen 15 Jahre lebendiger Jazz-Geschichte in die untere Mensa der Uni, welche die Entwicklung dieser Musik entscheidend mitgetragen haben. Archie Shepp debütierte in Rhythm-&Blues-Combos, bevor er sich zu Beginn der 60er Jahre Cecil Taylor anschloss, der schon damals ein musikalischer Rebell war. 1964 finden wir ihn bei John Coltrane, als dieser den so folgenreichen Schritt in die atonalen Gefilde des Free Jazz vollzog. Seither ist aber Archie Shepp nicht stehengeblieben, wie es J. E. Berendt formuliert: «Freilich hat sich auch bei Shepp der wilde, atonale Überschwang seiner Anfänge gelegt (...): zeitlose schwarze Musik, die vom Folk Blues über Charlie Parker zum «Freedom» der sechziger Jahre reicht, schwarze Klassik.»

Die Geschichte des Jazz war schon immer eng verbunden mit der Ge-

schichte der schwarzen Bevölkerung der USA, aber bei Archie Shepp nimmt diese Verbindung eine explizit politische Form an. Kein Wunder also, dass er mit Musikern in der Mensa auftreten wird, die sich schon seit langem mit ihm zusammen für die «schwarze Sache» einsetzen: der Posaunist Grachan Moncur III., der Pianist Dave Burrell, der Bassist Cameron Brown und der Drummer Charlie Persip. Diese fünf Musiker werden am 21. Februar Zeugnis davon ablegen, welch ungeheuren Reichtum und welche Vielfalt wir der schwarzen Musik verdanken.

Aulakonzert des Studentenorchesters

Mittwoch, 23. Februar, 20.15
Aula der Universität

Während des Wintersemesters wurden unter der Leitung von Dr. Meylan Werke von Haydn, Kozeluch, Busoni und Smetana erarbeitet. Das Programm verdient in einigen Punkten besondere



Aufmerksamkeit, enthält es doch dieses Jahr wenig bekannte, originelle Kompositionen.

Leopold Kozeluch (1753-1818) stammt aus Böhmen; er wurde nach Mozarts Tod dessen Nachfolger als kaiserlicher Kammerkomponist in Wien. Zur Aufführung gelangt eines seiner Klavierkonzerte, ein farbiges, an Einfachen reiches Werk.

Ferruccio Busoni (1866-1924) schrieb seine «Indianische Fantasie» im Jahr 1914. In Norditalien geboren, war er ein weitgereister Kosmopolit. Vor allem sein Ruf als überragender Pianist brachte ihn durch die ganze westliche Welt, auch nach Zürich. Diesen Geist verneint man im dargebotenen Stück zu hören.

Busoni fügt Bilder und Motive verschiedener Herkunft zu einer klanglich reizvollen, fremdartigen Musik, deren wichtigste Stimme dem Klavier zugeordnet ist.

Als weitere Werke werden ein feines Lirikonkonzert von Joseph Haydn (Konzert für 2 Soloflöten) gespielt und drei stimmungsvolle Tänze aus einer Oper von Friedrich Smetana. Das Akademische Orchester erhofft sich viele wohlwollende Zuhörer, die es mit froher und reicher Musik überraschen möchte.

Die Schwierigkeit mit der «Politischen Apathie»

Konflikt an der Konfliktforschungsstelle «zürcher student», Nr. 8/76

Folgende Angaben im Artikel «Zum Konflikt an der Konfliktforschungsstelle» sind nicht richtig:

• Bisher wurde die Kündigung nicht ausgesprochen. Es wurde lediglich ein Antrag an die Erziehungsdirektion gestellt, das Arbeitsverhältnis mit (Mark Galliker) auf den 15. April 1977 aufzulösen.

• Vor der Abfassung der theoretischen Papiere lagen der Gruppe in schriftlicher Form nur folgende Konzeptionen vor: 1) Anomieansatz, 2) Handlungsraum und Strukturperzeption, 3) Entfremdungstheorie, 4) Psychoanalytischer Identifikationsansatz (auf der Grundlage von H. Kilian, 71). Ein Ansatz zu einem formalisierten Modell für das Projekt «Politische Apathie in der Schweiz» lag der Gruppe nicht in einer ausgearbeiteten und der Kritik zugänglichen Form vor.

• Die ausgearbeitete Widerspiegelungstheorie war a) interdisziplinär und versuchte b) nach dem Prinzip der Einheit von Kritik und Weiterentwicklung die grundlegenden Hypothesen der ausdrücklich vorgeschlagenen Ansätze «aufzuheben». Es ist jedoch nicht richtig, dass sie «ausbalanciert» und «besonnen» wurde. Im Gegenteil: Die vorgegebenen Kriterien a) und b) wurden nach der Abfassung der Grundlagentheorie plötzlich als sekundär beurteilt. Es

und zudem vereinbart wurde, dass ich die Leitung der Pilotstudie übernehmen könne, ergab es sich, dass das laufende «Tiefeninterview-Projekt» nach einem Ansatz durchgeführt wird, welcher von der Formbestimmtheit der Arbeit ausgeht.

• Es stimmt nicht, dass Prof. Moser nur an vier wöchentlichen administrativen Sitzungen anwesend war. Da er immer sehr viel zu tun hatte, war es schwierig, ihn auch für Zusammenkünfte zu gewinnen, in denen über wissenschaftliche Probleme eingehend diskutiert werden konnte.

Mark Galliker

Love Power mit Papa Oyeah Makenzie

14. Februar, 20.30 Uhr,
Untere Mensa Uni
Eintritt 4/6 Fr.

Papa Oyeah stammt aus Ghana, er wurde in eine Familie von Musikern geboren und lernte schon als kleiner Bub von seinem Vater die Basstuba spielen, ein Instrument, das ihn allein der Grösse wegen faszinierte. Später griff er dann vermehrt zur Trompete, ermutigt durch seinen Freund Kojo Appay.

Love Power wurde erstmals 1967 im Senegal ins Leben gerufen; in Montreux spielte Papa Oyeah dann mit Rhaasas Roland Kirk zusammen. Er liess sich in der Schweiz nieder und stellte Love Power neu zusammen. Mit 13 Schweizer Musikern spielte er vermehrt Free Jazz. 1974 löste Papa die Gruppe auf und gründete eine neue, mit 3 Musikern aus

Guadeloupe. 1976 beschloss er, fortan allein Konzerte zu geben, und orientierte sich vermehrt an der originalen Stammesmusik seiner Heimat. Papa Oyeah will dem Publikum in seiner Darbietung die Mystik Afrikas näherbringen; er legt Wert auf das Geistige, das in traditionellen Afrika alles durchdringt. Er präsentiert eine ganze Wagenladung Instrumente, die wohl in Europa sonst nirgends zu sehen sind und die vielfach aus «alltäglichen» Gegenständen gefertigt sind, aus Materialien, die aus der unmittelbaren, natürlichen Umgebung der Einwohner Afrikas gefertigt sind, etwa aus Muscheln, aus Kuhhorn und Knochen.

Papa Oyeah Makenzie schafft ein «Klima der totalen rhythmischen Euphorie», wie ein Kritiker schrieb, Love Power.

echo

Leserbriefe sind mit Schreibmaschine geschrieben zu richten an: «Redaktion», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Kurze Zuschriften freuen uns besonders.

setzte sich die Auffassung durch, dass der positivistische Vorschlag nur noch weiter ausgeführt werden müsse (insbesondere fehlten eine durchgehende Integration von psychologischen und soziologischen Momenten sowie notwendigerweise die Generierung von Entfremdung bzw. Verdinglichung). Da jedoch noch Monate später keine andere interdisziplinäre Theorie für das Projekt «Politische Apathie in der Schweiz» vorlag

Freihofer's
Wissenschaftliche
Buchhandlungen
Naturwissenschaft
Medizin
Technik
Wirtschaftswissenschaft
Universitätsstrasse II
8006 Zürich
Telefon 01/60 42 82